

epd Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs.

Verantwortliche Redakteure epd-Dokumentation: Uwe Gepp (V.i.S.d.P.) / Reinhold Schardt

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags.

Bezugspreis:

- **Online-Abonnement** „epd Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 28,30 Euro, jährlich 339,60 Euro, 4 Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar. Der Preis für das Online-Abonnement schließt den Zugang zum digitalen Archiv von epd-Dokumentation (ab Jahrgang 2001) ein.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-225,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: kundenservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 09. April 2019

www.epd.de

Nr. 15

■ Westfälischer Thementag Israel-Palästina der Evangelischen Kirche von Westfalen

Dortmund, Stadtkirche St. Reinoldi, am 30. November, und Haus
Landeskirchlicher Dienste, am 1. Dezember 2018

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortliche Redakteure:
Uwe Gepp (V.i.S.d.P.) /
Reinhold Schardt
Tel.: (069) 58 098 -135
Fax: (069) 58 098 -294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck: druckhaus köthen
Friedrichstr. 11/12
06366 Köthen (Anhalt)

■ Israel und Palästina

Am 30. November und 1. Dezember 2018 fanden in Dortmund unter dem Titel »Westfälischer Thementag Israel-Palästina« zwei eng miteinander verbundene Tagungen zum gegenwärtigen Verhältnis zwischen beiden Konfliktparteien und Antworten von christlicher Seite auf die Probleme der Konfliktregion Naher Osten statt. Im Zentrum der Tagung am 30. November in der Dortmunder Stadtkirche St. Reinoldi standen die Vorträge des in Tel Aviv lebenden ARD-Journalisten Richard C. Schneider und des Bischofs der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Jordanien und dem Heiligen Land Sani Ibrahim Azar, mit Amtssitz in Jerusalem. Die zweitägige Veranstaltung war auch vor dem Hintergrund der Staatsgründung Israels vor 70 Jahren (1948) und deren Folgen konzipiert worden.

Die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Annette Kurschus, eröffnete die Tagungen in der Reinoldi-Kirche. In ihrem Grußwort wies sie auf die besondere Verantwortung der evangelischen Kirche für Israel und Palästina hin. »Unser christlicher Glaube ist auf das Engste mit der Region und dem Glauben des biblischen Israel verbunden. Mit dem heutigen Judentum sind wir (...) gemeinsam Zeugen und Erben der Verheißung Gottes. Un-

sere besondere Verantwortung für Israel und Palästina begründet sich auch vor dem Hintergrund unserer Verantwortung für die Geschichte, die schuldhaft Verstrickung auch der evangelischen Kirche in die Schoah, die Zerstörung jüdischen Lebens während der Zeit des Nationalsozialismus.«

Nach Ansicht Schneiders gibt es für eine Zwei-Staaten-Lösung im Nahostkonflikt keine Chance mehr. Auf beiden Seiten mangle es an Bereitschaft, dieses Ziel umzusetzen. Die Lage im Gaza-Streifen bezeichnete er als eine »humanitäre Katastrophe«. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu habe es versäumt, eine Perspektive zu entwickeln.

Für Bischof Azar bildet der israelisch-palästinensische Konflikt den »Kernkonflikt im Nahen Osten«. Was im Nahen Osten geschehe, habe tief greifende Auswirkungen an anderer Stelle. In der Reinoldi-Kirche beschrieb er seine Vision des friedlichen Zusammenlebens zwischen Juden, Christen und Muslimen. »Einige Israelis wünschen sich, dass die Palästinenser das Land verlassen. Einige Palästinenser wünschen sich, dass die Israelis gehen. Aber die Realität ist, dass wir hier sind, alle zusammen. Wir alle verdienen gleiche Rechte.« Christen seien dazu berufen, mit Nachbarn verschiedener Religionen auf Augenhöhe, in gegensei-

tiger Liebe und Achtung zu leben.

Der zweite Teil der Tagung im Dortmunder Haus Landeskirchlicher Dienste am 1. Dezember 2018 stand ganz im Zeichen »christlicher Positionen zu den biblischen Vorstellungen von Landnahme und Landverheißung«.

Dort warnte Bischof Azar davor, die Bibel politisch zu missbrauchen. »Das Wort Gottes sollte niemals für politische Zwecke oder zur Festlegung der Politik in einem Land verwendet werden.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises Kirche und Judentum der Evangelischen Kirche der Pfalz, Stefan Meißner, schlug eine differenzierte Betrachtung biblischer Befunde vor: »Die Anfänge der Abrahamsippe liegen im heutigen Irak und die Anfänge des Volkes Israel liegen in Ägypten. Darauf hat schon vor Jahrzehnten der orthodoxe Naturwissenschaftler und Religionsphilosoph Yeshayahu Leibowitz aufmerksam gemacht. Immer wieder warnte er Israel davor, das Land als »heilig« zu verklären, wo doch die Wurzeln des Landes außerhalb des Landes liegen. Das Judentum als Religion hängt offensichtlich nicht notwendigerweise an dieser Größe. Seine Wurzeln liegen anderswo.«

Quelle:

Westfälischer Thementag Israel-Palästina der Evangelischen Kirche von Westfalen

Dortmund, Stadtkirche St. Reinoldi, am 30. November, und Haus Landeskirchlicher Dienste, am 1. Dezember 2018

Der Thementag Israel-Palästina wurde im Auftrag der Evangelischen Kirche von Westfalen ausgerichtet. Die zweitägige Veranstaltung mit Vorträgen, Aussprache und Workshops wurde im Zusammenspiel mehrerer Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Westfalen initiiert, organisiert und verantwortet.

Die beteiligten Einrichtungen waren: das Landeskirchenamt, das Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung/MÖWe, die Evangelische Akademie Villigst im Institut für Kirche und Gesellschaft, das Evangelische Bildungswerk Westfalen-Lippe und die Stadtkirchenarbeit in St. Reinoldi, Dortmund.

Inhalt:**Westfälischer Thementag Israel-Palästina der Evangelischen Kirche von Westfalen, Dortmund, Stadtkirche St. Reinoldi, am 30. November, und Haus Landeskirchlicher Dienste, am 1. Dezember 2018**

▶ Ralf Lange-Sonntag: Begrüßung und Einleitung	4
▶ Präses Dr. h.c. Annette Kurschus: Grußwort	5
▶ Richard C. Schneider: 70 Jahre Staatsgründung – wo stehen Israel und Palästina heute?	7
▶ Bischof Sani Ibrahim Azar: Zusammenleben in Frieden und Versöhnung: Eine palästinensisch-christliche Perspektive – der Beitrag der palästinensischen Christen für Frieden und Gerechtigkeit	16
▶ Dirk Johnen: Zwei-Staaten-Lösung nötig, aber unrealistisch Richard C. Schneider und Bischof Sani Ibrahim Azar im Gespräch	21
▶ Bischof Sani Ibrahim Azar: »Das gelobte Land« – ein Beitrag aus palästinensisch-christlicher Perspektive	24
▶ Dr. Stefan Meißner: »Das gelobte Land« – ein Beitrag aus der Perspektive des jüdisch-christlichen Dialogs	27

Begrüßung und Einleitung

Von Pfarrer Ralf Lange-Sonntag, Beauftragter für den interreligiösen Dialog / Islambeauftragter, Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe), Dortmund

Stadtkirche St. Reinoldi, 30. November 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zum Westfälischen Thementag Israel – Palästina in der evangelischen Stadtkirche St. Reinoldi in Dortmund.

Mein Name ist Ralf Lange-Sonntag und ich bin im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Westfalen zuständig für die Bereiche Naher und mittlerer Osten. Den Thementag werde ich moderieren. Vorbereitet und verantwortet wird diese Veranstaltung jedoch nicht nur vom Landeskirchenamt, sondern von den unterschiedlichsten Institutionen, die unter dem Schirm der Evangelischen Kirche mit unserer Fragestellung und verwandten Themen betraut sind. Konkret sind dies die Evangelische Akademie Villigst im Institut für Kirche und Gesellschaft, das Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung/MÖWe, das Evangelische Bildungswerk Westfalen-Lippe und vor Ort in Dortmund auch die Stadtkirchenarbeit in St. Reinoldi. Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle auch bei Shirin Partowi und Murat Cakmaz vom Avram-Ensemble für ihre musikalische Begleitung.

Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen. 70 Jahre nach der Staatsgründung fragen wir nun danach: Wo stehen Israel und Palästina heute? So ist diese Veranstaltung überschrieben. Der Titel weist schon darauf hin, dass es nicht eine einzige Antwort auf die Frage nach der Situation in Israel und Palästina gibt. Für die Mehrheit der jüdischen Einwohner Israels steht bei der Erinnerung an die Staatsgründung vor allem Freude im Vordergrund: Freude darüber, dass Israel als Zufluchtsort von Jüdinnen und Juden 70 Jahre Bestand hat. Bei der Mehrheit der arabischen Palästinenser – Muslime und Christen – ist das Jahr 1948 eher verbunden mit Flucht bzw. Vertreibung, mit dem Verlust der Heimat.

Weil es nicht die eine einzige Antwort auf die Frage nach dem Standort Israels und Palästinas gibt, sind wir sehr glücklich, dass wir zwei unterschiedliche Stimmen aus Israel und Palästina zum Thema hören werden. Ich freue mich sehr, dass

Sie beide, Herr Schneider und Bischof Azar, den weiten Weg auf sich genommen haben und dass wir Sie bei uns haben. Herzlich willkommen in Dortmund.

Erlauben Sie mir noch eine wichtige Bemerkung. Ich sagte gerade: Wir hören zwei Stimmen, aber zugleich muss klargestellt werden: Wir hören mit Ihnen nicht einfach die Stimmen der beiden in Konflikt stehenden Seiten. Herr Schneider, Sie leben in Tel Aviv, als Journalist werden Sie uns teilhaben lassen an Ihren Analysen, Erfahrungen und Nachforschungen. Aber es wäre völlig unzutreffend, Sie einfach als Vertreter Israels, womöglich des Staates Israels anzusehen. Mit ihrem vielbeachteten Videoblog »Zwischen Mittelmeer und Jordan« und nicht zuletzt mit ihrem jüngst veröffentlichten Buch haben Sie immer wieder kritisch auf die Vielstimmigkeit der gesellschaftlichen und politischen Situation aufmerksam gemacht.

In gleicher Weise ist es sehr verkürzt, wenn wir Sie, Bischof Azar, nur als Vertreter der palästinensischen Sache wahrnehmen. Sie vertreten die Evangelisch-Lutherische Kirche von Jordanien und dem Heiligen Land. Die christliche Kirche ist eine Minderheit in der palästinensischen Gesellschaft, aber eine Minderheit, die dennoch von enormer Wichtigkeit ist. Über Ihre christliche Existenz innerhalb der palästinensischen Gesellschaft werden Sie mit Sicherheit gleich zu sprechen kommen.

Wenn die Evangelische Kirche von Westfalen zu diesem Thema Israel–Palästina einlädt, dann ist das nicht einfach ein akademisches Thema, es ist vielmehr ein Thema, das uns in einer großen Intensität betrifft. Wir fühlen uns und wir sind verbunden mit unzähligen Menschen und Organisationen in Israel und in Palästina, und das zum Teil seit langer Zeit. Dass dies so ist, zeigt sich unter anderem darin, dass Sie, liebe Frau Kuschus, auf meine Anfrage ohne Zögern zugesagt haben, als Präses der westfälischen Kirche diesen Westfälischen Thementag Israel – Palästina zu eröffnen. Mit diesen Worten beschließe ich meine Einleitung und übergebe an Sie, Frau Präses, mit der Bitte, den Thementag zu eröffnen. Haben Sie herzlichen Dank dafür, dass Sie hier sind. 

Grußwort zum Westfälischen Thementag Israel-Palästina

Von Dr. h.c. Annette Kurschus, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Bielefeld



Präses Kurschus bei der Eröffnung des Westfälischen Thementags zu Israel und Palästina in der Dortmunder Reinoldi-Kirche

© Dirk Johnen/MÖWe

Stadtkirche St. Reinoldi, zum 30. November und 1. Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Bischof Azar, sehr geehrter Herr Schneider,

sehr geehrte Damen und Herren,

»Israel und Palästina« heißt das Thema dieses Abends und des morgigen Fachtags. Das klingt so schlicht. Und doch liegen in diesen beiden Namen so viel Geschichte, so viel Leidenschaft, so viel Schmerz und Konflikt, so viel Potential und Verheißung.

»Israel und Palästina«; Nennen wir den einen Namen, müssen wir auch den anderen nennen. Vielerlei Assoziationen werden wach.

Da sind Städte, die uns an biblische Erzählungen erinnern: Jerusalem, Bethlehem, Jericho, Kapernaum, Nazareth – alles Orte, die in unserem christlichen Glauben fest verwurzelt sind. Wer einmal dort war, hat möglicherweise ähnliche Erfahrungen

gemacht wie ich: Jede persönliche Begegnung mit den Menschen, die dort leben, ist kostbar und voller berührender Geschichten. Von jeder Reise ins Heilige Land bin ich im Blick auf Israel und Palästina mit mehr Fragen als Antworten zurückgekehrt. Und es bewegt mich immer wieder aufs Neue sehr persönlich, wenn die Region und vor allem die Menschen, die dort zu Hause sind - Israelis wie Palästinenser, Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslime, Christinnen und Christen - von Unfrieden und Gewalt betroffen werden.

Unser christlicher Glaube ist auf das Engste mit der Region und dem Glauben des biblischen Israel verbunden.

Mit dem heutigen Judentum sind wir – so drückt es unsere Kirchenordnung aus – gemeinsam Zeugen und Erben der Verheißung Gottes. Unsere besondere Verantwortung für Israel und Palästina begründet sich auch vor dem Hintergrund unserer Verantwortung für die Geschichte, die schuldhaft

te Verstrickung auch der evangelischen Kirche in die Schoah, die Zerstörung jüdischen Lebens während der Zeit des Nationalsozialismus.

Schließlich sind wir auch ökumenisch verbunden mit den christlichen Kirchen und Gläubigen im Heiligen Land. In besonderer Weise bestehen hier Kontakte zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land. Ich freue mich sehr, dass Sie, lieber Bischof Sani Ibrahim Azar aus Jerusalem, unserer Einladung gefolgt sind und heute und an den nächsten Tagen in vielfältiger Weise mit uns im Gespräch sein werden. Ebenso sehr freue ich mich darüber, dass wir Sie, lieber Herr Schneider, als ausgewiesenen Kenner der gesellschaftspolitischen Situation und ihrer historischen Bedingtheit als Redner und Gesprächspartner gewinnen konnten.

Im vergangenen Jahr hat sich die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen sehr grundsätzlich mit dem Thema Israel und Palästina beschäftigt, und ihre Position ist von der Landessynode bestätigt worden.¹ Als Kirche nehmen wir zunächst einmal das Leid der Menschen in Israel und Palästina wahr, das in der letzten Zeit eher zugenommen als abgenommen hat. Wir wollen uns der Verhärtung der Fronten entgegenstellen und suchen daher das Gespräch mit Israelis und mit Palästinensern; wir fördern Versöhnungsinitiativen auf beiden Seiten der Mauer. Zu unserer Selbstverpflichtung gehört auch, dass wir das Thema nicht verschweigen, sondern – wie heute und morgen – untereinander und miteinander nach Wegen suchen, Frieden und Verständigung zwischen den verschiedensten Gruppierungen in der Region zu unterstützen. Als Evangelische Kirche von Westfalen sehen wir uns in unseren Anliegen verbunden mit der Mehrheit der evangelischen Kirchen und Einrichtungen in Deutschland. Daher stehen wir auch voll und ganz hinter der Positionsbestimmung der Evangelischen Mittelostkommission: »Nur Recht und Gerechtigkeit können die Grundlage eines Friedens sein, der beiden Völkern ein Leben in Freiheit und Sicherheit ermöglicht. Die Achtung geltender Menschen- und Völkerrechtsnormen ist die Grundlage jeder gelingenden Friedenslösung.«²

Diese *doppelte* Solidarität mit der jüdischen und mit der palästinensischen Bevölkerung, die wir im vergangenen Jahr auf unserer Synode auch kirchenleitend noch einmal unterstrichen haben, ist nur sinnvoll, wenn sie zugleich als *kritische* Solidarität verstanden wird. Kritische Aspekte dürfen nicht ausgeklammert werden. Die schon erwähnte Evangelische Mittelost-Kommission, in der unsere Landeskirche Mitglied ist, hat einige

dieser Punkte benannt, z.B. den Bau und den Ausbau von Siedlungen in der Westbank, den Verlauf der Mauer und deren negative Folgen für die palästinensische Bevölkerung. Auch darf gefragt werden, ob die Reaktion der israelischen Seite auf palästinensische Proteste und Provokationen noch verhältnismäßig ist. Kritik gibt es jedoch auch im Hinblick auf die palästinensische Seite: Wie konsequent ist die Abgrenzung von Gruppierungen und Organisationen, die das Existenzrecht Israels immer noch ablehnen? Was tut die palästinensische Regierung für den Aufbau einer Zivilgesellschaft auf der Basis einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung?

Grundlage aller Solidarität bleibt jedoch, dass wir in Kontakt zu den Menschen in Israel und Palästina stehen. Wir wollen den Menschen aus Israel und Palästina zuhören, ihre Sicht, ihre Erfahrungen, ihre Sorgen, Ängste und Hoffnungen kennenlernen. Daher bin ich sehr glücklich, dass wir heute Abend zwei unterschiedliche Stimmen aus Israel und Palästina hören werden. Ich danke Ihnen, Bischof Azar, und Ihnen, Herr Schneider, für Ihre Bereitschaft, Ihre je eigenen Erfahrungen und Beobachtungen mit uns zu teilen. Wie die Situation in Israel und Palästina 70 Jahre nach der Staatsgründung Israels beurteilt werden muss, das werden Sie, lieber Herr Schneider, auf der Grundlage ihrer langjährigen journalistischen Tätigkeit und als Einwohner von Tel Aviv beantworten. Auf der anderen Seite vertreten Sie, lieber Bischof Azar, als ehemaliger Pfarrer in Jerusalem und nun als Bischof der arabisch sprechenden evangelischen Gemeinde zwar eine Minderheit, aber doch eine wichtige Stimme innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, die auch außerhalb der Region gehört wird.

Ich wünsche diesem westfälischen Thementag Israel-Palästina, dass er uns anregt, uns ins Gespräch miteinander bringt und die Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit in Israel und Palästina wachhält.

Möge Gott, der ein Gott des Friedens ist, diese Veranstaltung segnen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Evangelische Kirche von Westfalen, Verhandlungen der 2. (ordentlichen) Tagung der 18. Westfälischen Landessynode vom 20. bis 23. November 2017, 400-402.

² Vgl. Evangelische Kirche in Deutschland, Israel – Palästina. Eine Positionsbestimmung der Evangelischen Mittelost-Kommission (EMOK). Nachdruck mit neuem Vorwort, Hannover 2017, 24. 

70 Jahre Staatsgründung – wo stehen Israel und Palästina heute?

Von Richard C. Schneider, Editor-at-Large bei der ARD, Studioleiter und Chefkorrespondent des ARD-Studios in Tel Aviv von 2006 bis 2015, Tel Aviv



Der ARD-Journalist Richard C. Schneider bei seinem Vortrag in der Reinoldi-Kirche

© Dirk Johnen/MÖWe

Vom Autor überarbeitete Mitschrift einer Aufzeichnung des Vortrags

Stadtkirche St. Reinoldi, 30. November 2018

Guten Abend, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präses Kurschus, sehr geehrte Veranstalter,

zunächst einmal möchte ich mich sehr bedanken dafür, dass ich heute hier sprechen darf. Für mich ist das eine Premiere. Ich kann es nur so sagen, weil ich mir als einstmals praktizierender Jude nie hätte vorstellen können, dass ich ausgerechnet am Schabbat in einer Kirche bin und hier spreche. Also insofern wünsche ich Ihnen allen erst einmal Schabbat Schalom.

Mir wurde am Anfang gesagt, ich soll 45 Minuten reden; ich war etwas erschrocken und dachte, »Gott, so viel habe ich gar nicht zu sagen.« Aber dann habe ich gedacht: »Eigentlich habe ich noch

viel mehr zu sagen.« Denn, wenn man anfängt über Israel und die palästinensischen Gebiete oder Palästina zu reden, kann man eigentlich immerzu weiter erzählen.

Ich möchte erst einmal anfangen mit etwas Persönlichem, und zwar zum Thema Rom.

Ich bin als Kind von ungarischen Holocaustüberlebenden hier in Deutschland groß geworden und habe mein Leben lang mit diesem Land gerungen - und mit dieser Identität, als Jude ausgerechnet in Deutschland geboren und aufgewachsen zu sein und damit irgendwie klarzukommen. Das ging mal besser und mal schlechter, es gab Phasen, in denen ich geglaubt habe, jetzt bin ich endlich angekommen und bin Deutscher; und dann hat mir die deutsche Umwelt immer wieder klargemacht, dass ich doch nicht dazu gehöre. Ich hatte immer den Traum, das Studio Tel Aviv der ARD zu übernehmen. Ich arbeite für die ARD seit 1989 für das Fernsehen, seit 1987 auch schon

für den Hörfunk und hatte immer diesen Traum, im Studio Tel Aviv zu arbeiten, weil ich dann die Möglichkeit hätte, für das Land, aus dem ich stamme, über das Land, wo mein Herz ist, nämlich Israel, zu berichten und damit sozusagen die beiden Seiten meiner Identität oder meines Seins miteinander zu verbinden – und das in meiner Muttersprache Deutsch. Das durfte ich fast elf Jahre lang tun und dann schickte mich der Sender ins Studio Rom. Ich war der erste Nicht-Katholik auf dieser Position des Chefkorrespondenten und stellte, zurück in Europa, fest, dass sich der Kontinent in all den Jahren, in denen ich nicht mehr in Europa gelebt hatte, massiv verändert hat. Es ist rassistischer geworden, es ist islamophob geworden. Antisemitisch ist es nicht geworden, weil es immer ein antisemitischer Kontinent war, aber der Antisemitismus drückt sich nun mehr und mehr und stärker und stärker aus. Und plötzlich, nach all den Jahren im Nahen Osten, war ich wieder »der Jude« in Europa und ich hatte irgendwann keine Lust mehr, »der Jude« zu sein, und bin aus diesem Grund zurückgegangen nach Israel, wo ich jetzt privat lebe und weiterhin international für die ARD arbeite. Ich arbeite nicht mehr im Studio, weil es da ja meine Nachfolgerin gibt, aber ich lebe in Israel. _Dies ist ganz wichtig zum Verständnis, was dieser Staat heute und vielleicht noch einmal mehr als vor zehn oder zwanzig Jahren für Juden in Europa bedeutet. Ich lebe auch in Israel, weil ich auf dem Kontinent, von dem ich stamme, eine Entwicklung sehe, die mir Angst macht und ich nicht weiß, ob Juden überhaupt noch eine Zukunft in Europa haben. Das gesagt habend, möchte ich Ihnen erst einmal versuchen zu erklären, wie die israelische Befindlichkeit eigentlich ist.

Das alles bestimmende Gefühl in Israel, das sich aber nicht tagtäglich in jedem Gespräch darstellt, das aber immer mitschwingt und immer präsent ist, ist die Angst vor einem erneuten Holocaust, vor einer kompletten Auslöschung. Das mag Ihnen merkwürdig erscheinen, wenn man deutsche oder europäische Medien liest. Da ist Israel der Goliath und die Palästinenser sind der David, da ist Israel, eine der stärksten Militärmächte dieser Welt mit einer der besten Armeen dieser Welt, mit einer der besten Luftwaffen dieser Welt und, wie man sagt, die einzige Nuklearmacht im Nahen Osten. Das eigentliche Gefühl der Israelis ist aber ein anderes. Auf der einen Seite haben sie diese Überheblichkeit, diese Arroganz, diese Selbstverständlichkeit auch durch die Erfahrung von 70 Jahren: »Wir sind stark, uns kann nichts passieren, niemand kann uns was.« Aber unten drunter – Sie müssen nur ein bisschen kratzen – kommt die Angst hoch vor einer wirklichen Zerstörung dieses Staates; und niemand, wirklich niemand in diesem Land, egal ob er politisch

links oder rechts steht, ob säkular oder orthodox, niemand würde darauf wetten, dass Israel in zehn oder zwanzig oder dreißig Jahren noch existiert. Mit diesem Grundgefühl wird Politik gemacht, mit diesem Grundgefühl wird agiert, wird Politik natürlich auch missbraucht. Die Angst der Menschen wird natürlich auch politisch missbraucht, die Angst vor einer Vernichtung wird auch geschürt, aber es gibt einen alten jüdischen Witz, der die Sachlage ganz gut darstellt.

Da kommt ein alter Jude zum Arzt, macht einen jährlichen Checkup und nach dem Checkup will der Arzt den Juden beruhigen. Er sagt zu ihm »Passen Sie auf, sie haben körperlich überhaupt nichts, sie leiden lediglich an Paranoia«. Da sagt der alte Jude: »Ja, das kann schon sein, aber was soll ich machen, wenn sie trotzdem immer alle hinter mir her sind?«.

Ein bisschen so ist die Lebenssituation in Israel. Israel ist winzig klein. Ich rede jetzt nur vom Kernland Israel. Dieses Kernland ist gerade einmal so groß wie das Bundesland Hessen. Oder anders gesagt: Das Gebiet vom Mittelmeer bis zum Jordan, um das es geht, hat ungefähr die Breite vom äußersten Westberlin bis zum äußersten Ostberlin. Das ist das Gebiet von dem wir reden. Das Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan. Als Israel noch in den Grenzen von 1967 existierte, war seine schmalste Stelle gerade einmal neun Kilometer breit. Vom Mittelmeer bis zur damaligen jordanischen Grenze waren es neun Kilometer. Was diese Kleinheit des Landes bedeutet, konnte man immer und immer wieder in den letzten Kriegen und Auseinandersetzungen erleben, wenn man einfach weiß, dass beispielsweise bei einem Raketenangriff aus Gaza die Menschen, die im unmittelbaren Umfeld von Gaza leben, in Sderot – im Kernland Israel, nicht im besetzten Gebiet – gerade einmal vier bis sieben Sekunden haben, um sich in Sicherheit zu bringen. Wenn wir in Tel Aviv während des letzten Gaza-Krieges 2014 in der Früh Alarm hatten, weil Raketen auf Tel Aviv abgefeuert wurden, dann hatten wir etwa 35 bis 40 Sekunden Zeit, uns in die Sicherheitsräume zu begeben. Gar nicht zu reden davon, was im Norden Israels mit der Hisbollah im Libanonkrieg 2006 los war.

Damit sind wir auch schon beim Thema, über das ich heute mit Ihnen heute als Erstes sprechen will. Die Angst der Israelis heute macht sich dingfest an *einem* Thema, und das ist Iran. Der israelische Premierminister Netanjahu predigt ja schon seit vielen, vielen Jahren, dass die eigentliche Gefahr, die Israel droht, die aus Teheran ist. Dass die Gefahr, die existenzielle Gefahr nicht von den Palästinensern kommt, sondern vom Iran. Und viele Jahre hat der Westen die israelische Sorge

vor der Bedrohung nicht ernst genommen. Viele Jahre hat der Westen geglaubt, dass Netanjahu übertreibt. Aber die Tatsache, dass er gedroht hat, sogar mit einem Angriff auf Teheran gedroht hat, hat überhaupt erst dazu geführt, dass die internationale Staatengemeinschaft Sanktionen über den Iran verhängte und dass es im Zuge der Sanktionen zu diesem Nuklearabkommen kommen konnte, das der amerikanische Präsident Trump wieder aufgekündigt hat.

Sie wissen, dass Netanjahu als Einziger gejubelt hat, als Trump aus dem Abkommen ausstieg. Doch ist es für Israel so viel besser, dass die USA den Nuklearvertrag aufgegeben haben? Dazu müssen Sie wissen, dass im Gegensatz zur Politik die israelischen Militärs, die Generäle gegen eine Aufkündigung dieses Abkommens waren. Sie sagten, dieses Abkommen sei nicht perfekt, aber es sei immer noch besser, als ohne Abkommen zu leben. Nichtsdestotrotz hatte dieses Abkommen einige massive Schwächen, über die die westliche Welt einfach hinweggesehen hat. Und mit den Konsequenzen dieser Schwächen lebt heute der Nahe Osten und muss auch Israel irgendwie klarkommen. Die Schwächen bestehen aus zwei Punkten.

Der erste Punkt ist, dass Iran weiter an seinem ballistischen Interkontinentalraketenprogramm arbeitet, so dass Raketen nicht nur längst Israel erreichen können, sondern auch Europa und langfristig auch die Vereinigten Staaten. Und das zweite unmittelbare Problem, mit dem man sich im Nahen Osten herumschlägt, ist die Freigabe der eingefrorenen Gelder, was dazu führte, dass der Iran in seinem Bestreben, die einzig wirklich entscheidende Regionalmacht im Nahen Osten zu werden, das Geld vor allem dafür ausgibt, seine »Stellvertreter« auszurüsten – ob das im Jemen ist, ob das mit der Hamas und dem Islamischen Jihad in Gaza ist oder vor allem auch mit der Hisbollah im Libanon und mit Assad in Syrien und einer möglichen neuen schiitischen Miliz dort. Seit dem Libanonkrieg 2006, dem letzten großen Waffengang zwischen Israel und der Hisbollah, hat diese mit Hilfe des Iran ein Raketenarsenal von 120.000 bis 150.000 Raketen aufgebaut, die alle auf Israel zielen und wahrscheinlich jedes Ziel in Israel erreichen können. Das bedeutet, dass wir beim nächsten Krieg mit der Hisbollah möglicherweise den blutigsten und brutalsten Nahostkrieg erleben werden, in den Israel jemals verwickelt war, denn natürlich, und das ist auch das ganze Prinzip solcher Organisationen wie der Hisbollah, sind die meisten dieser Raketen in zivilem Gebiet gelagert. Natürlich werden wir einmal mehr im 21. Jhd. einen asymmetrischen Krieg haben. Das bedeutet für die israelische Luftwaffe, in kürzester Zeit so viele Raketen wie

nur möglich am Boden zu zerstören; und das bedeutet für die Hisbollah im selben Moment, so viele Raketen wie nur möglich auf Israel abzufeuern, denn erstens weiß sie, dass die Israeli Air Force versuchen wird, so schnell wie möglich so viele Raketen wie möglich zu zerstören.

Aber zweitens weiß sie noch etwas anderes. Wenn sie hunderte, ja tausende Raketen am Tag hinausfeuert, wird auch das dreifache Raketenabwehrsystem der Israelis, das das beste Raketenabwehrsystem der Welt ist, mit dieser Anzahl von Raketen nicht mehr zurechtkommen. Die israelischen Militärs gehen davon aus, dass bei einem solchen Krieg pro Tag 400 bis 1000 Raketen einschlagen und treffen könnten. Was das für eine Stadt wie Tel Aviv, in der ich lebe, und für viele andere Städte auch bedeutet, können Sie sich vorstellen. Es bedeutet aber gleichzeitig auch noch etwas anderes, nämlich dass wahrscheinlich der Libanon »in die Steinzeit« zurückgebombt wird. Es könnte tausende zivile Opfer im Libanon geben, weil Israel gar nichts anderes wird tun können, als in diese zivilen Gebiete hinein zu bomben, von denen die Raketen abgefeuert werden. Das ist das Szenario, mit dem man sich in Israel herumschlägt.

Wenn Sie die Nachrichten in den letzten Monaten verfolgt haben, haben Sie sicher mitbekommen, dass Israel mit der Luftwaffe immer und immer wieder in Syrien angegriffen hat. Die Ziele waren entweder Waffenlieferungen hinüber in den Libanon an die Hisbollah oder direkt iranische Positionen oder Waffenlager in Syrien, denn der Iran ist dabei, ein großmaschiges Netz aufzubauen, um sich für immer in Syrien zu positionieren. Zumindest versucht er es.

Israel hatte zusammen mit den Russen, als diese nach Syrien kamen, ein sogenanntes »Rotes Telefon« eingerichtet. Es gab eine sehr enge Kooperation zwischen dem russischen und dem israelischen Militär, weil Israel sich ausbedungen hatte, weiterhin für die eigene Sicherheit relevante Ziele in Syrien anzugreifen. Man verabredete miteinander eine Form, wie das funktionieren sollte, damit man nicht miteinander kollidierte und es nicht zu Kämpfen zwischen russischer und israelischer Luftwaffe kommen sollte. Das funktionierte bis vor wenigen Wochen ziemlich gut und die Israelis haben mehr als 200 Mal allein im vergangenen Jahr in Syrien angegriffen und wurden mittlerweile auch aus Syrien angegriffen. (Wie wir inzwischen wissen, waren es Tausende von Angriffen, wie der scheidende israelische Generalstabschef Eisenkot in Interviews Mitte Januar verraten hat.)

Schief ging vor einigen Wochen bei einem Angriff der Israelis, dass das syrische Luftabwehrsystem

Raketen in die Luft feuerte und dabei eine russische Maschine abschoss, mit dem Ergebnis, dass 15 Tote zu beklagen waren. Das hat der russische Präsident Putin zum Anlass genommen, um den Israelis die Daumenschrauben anzulegen. Seit diesem Vorfall hat die israelische Luftwaffe nur noch sehr beschränkt in Syrien eingegriffen, doch nach Gesprächen israelischer und russischer Militärs in Moskau, hat die IAF die Angriffe wieder verstärkt aufgenommen.

Was aber wahrscheinlich gleichzeitig geschehen ist – weil man die Veränderungen bereits sieht –, ist, dass Putin dem Iran sehr deutlich klargemacht hat, dass man bestimmte Aktivitäten in Syrien nicht mehr akzeptieren wird. So hat der Iran zunächst begonnen, Waffenlieferungen und Waffenlager für die Hisbollah im Libanon selber zu bauen, doch auch diese wurden von Israel bloßgestellt.

Es werden andere Wege gefunden werden. Noch versucht der Iran, in Syrien eine schiitische Miliz, ähnlich wie die Hisbollah, aufzubauen, die dann im Kampf gegen Israel agieren soll. Ob das gelingen wird, ist angesichts der israelischen Angriffe unklar. So hat der Iran begonnen, sich den Irak als neues Gebiet auszusuchen, wo Raketen gegen Israel aufgestellt werden sollen.

Auf alle Fälle haben wir eine Situation, in der Israel im Norden bedroht wird von der viertstärksten Raketenmacht der Welt, der Hisbollah. Nach Amerika, Russland, China hat kein einziger Staat so viele Raketen wie die Hisbollah – und ich spreche jetzt nur über die Zahl, nicht über die Vernichtungskraft dieser Raketen. Sie haben zwar keine Atombomben, aber die Raketen haben immerhin zum Teil große Zerstörungskraft in der Größe von Dutzenden Tonnen.

Stellen Sie sich vor, was passieren würde, wenn im Verlauf eines zwei- oder dreiwöchigen Krieges in einer Großstadt wie Tel Aviv 200, 300, 800 oder tausend Ziele zerbombt werden, was das für die Moral in dem Staat bedeutet, was das psychologisch bedeutet, wie die jüdische Angst vor einer Zweiten Shoah hochkommt – und was das wiederum auch bedeutet für das, was die israelische Armee tun wird. Wir haben also im Norden eine gefühlte oder tatsächlich existentielle Bedrohungssituation. Iran und Hizbollah werden den Staat Israel damit nicht komplett zerstören, aber sie werden ihn möglicherweise schwächen können.

Gleichzeitig unterstützt der Iran in einer Art Sammelbewegung den Islamischen Jihad und die islamistische Hamas in Gaza, die zwar nicht über das gleiche Arsenal verfügen wie die Hisbollah,

die aber den Süden Israels ziemlich »nerven« können. Was wir erleben – und das wird in der Politik und von uns Journalisten beobachtet –, ist der Versuch Irans, zwei schiitische Halbmonde zu bilden. Der erste schiitische Halbmond reicht vom Iran über den Irak und Syrien bis nach Libanon und der andere schiitische Halbmond zieht sich über Bahrein, Sudan bis hinüber nach Gaza. Dass der Iran damit versucht, nicht nur Israel, die zionistische Entität, wie Teheran Israel nennt, zu ärgern, zu stören und im Idealfall auch zu zerstören, sondern dass damit auch versucht wird, die Vormachtstellung in der muslimischen Welt zu gewinnen, die Vormachtstellung des schiitischen Iran gegenüber den sunnitischen Staaten, ist klar. Das ist die Erbschaft, die uns Barak Obama im Nahen Osten hinterlassen hat.

Der syrische Bürgerkrieg mit seinem Desaster ist nämlich auch ein Vermächtnis von Barak Obama, der nicht eingegriffen hat. Er hat zunächst von einer roten Linie gesprochen hat, bei deren Überschreitung Amerika eingreifen würde, nämlich dann, wenn Massenvernichtungswaffen eingesetzt würden. Als diese dann eingesetzt wurden und Israel bereits den Beweis dafür geliefert hatte, hat man im Pentagon und im Weißen Haus damals noch so lange gewartet, bis auch der CIA und der BND und der britische Geheimdienst und wie sie alle heißen, gesagt haben: »Wir haben den Beweis.« Spätestens dann konnte Barak Obama nicht mehr anders, als zu sagen: Okay, wir werden jetzt eingreifen.

So schickte er im Sommer 2013 seine Marine in Richtung syrische und libanesische Küste, um an einem bestimmten Tag anzugreifen. Jeder rechnete damals damit, dass dieser Angriff kommen würde, und jeder wusste natürlich auch, dass die Cruise Missiles, die abgeschossen würden, symbolische Ziele erreichen und natürlich Präsident Assad nicht wirklich vernichten würden, aber es wäre ein Signal gewesen, ein Aufruf, nicht zu ernst »weiterzuspielen« mit dem, was Assad bis dato getan hatte. Aber im letzten Moment hat Barak Obama die Marine zurückgezogen. In diesem Moment hätten die Mullahs in Teheran die Sektorkorken knallen lassen, wenn sie denn Alkohol trinken würden, denn da wussten sie, dass sie Barak Obama so gut wie in der Tasche hatten. In Riad, in Jerusalem, in Kairo, in Jordanien und in den Emiraten schlug man die Hände über dem Kopf zusammen, denn diese Verbündeten Amerikas waren sowieso schon in Schockstarre angesichts dessen, wie schnell Barak Obama beim arabischen Frühling Husni Mubarak hat fallen lassen und wie er in ungläublicher westlicher Naivität den Muslimbruder Mursi als neuen ägyptischen Präsidenten anerkannte, weil die Wahlen in Ägypten in der Tat demokratisch waren.

Und da kann ich als Jude und Kind von Holocaustüberlebenden nur fragen: Wann hat der Westen endlich einmal begriffen, dass demokratische Wahlen nicht der Garant dafür sind, dass derjenige, der gewinnt, auch ein Demokrat ist. Das sollte man im Weißen Haus gelernt haben und hier in Deutschland allemal, denn wir wissen alle, was 1933 geschah. Das »Gute« an der Politik von Barak Obama, lassen Sie es mich ein bisschen ironisch sagen, ist, dass er aufgrund der Mächteverschiebung, die er initiiert hatte, indem er den Iran zu seinem Partner machte, dafür sorgte, dass die sunnitische Welt und Israel sich nähergekommen sind in ihrem gemeinsamen Kampf gegen Teheran.

Es gibt im Nahen Osten eine politische Grundregel: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Das kann manchmal innerhalb eines Jahres wechseln und geht hin und her. Iran und Hamas haben sich innerhalb der letzten Jahre mehrfach zerstritten und wieder versöhnt. Anderswo gibt es Ähnliches. So wissen Sie vielleicht, dass mittlerweile – es ist ja nicht einmal mehr ein Geheimnis – die Saudis und Israel aufs engste gegen den Iran zusammenarbeiten, dass ausgerechnet der israelische Premier Netanjahu für Muhammad bin Salman, den saudischen Kronprinzen, im Weißen Haus einspringt und ein Fürsprecher dieses Mannes ist, der wahrscheinlich verantwortlich ist für die Ermordung von Jamal Khashoggi, mit dem ich übrigens drei Monate vor seiner Ermordung im German Marshall Fund in Brüssel zusammensaß und daher von seiner Ermordung auch ganz persönlich geschockt war.

Sie sehen in den letzten Wochen, dass Israel mittlerweile in Oman empfangen wird, ebenso in Abu Dhabi. Der Präsident des Tschad war in Israel, Präsident Netanjahu wird demnächst in den Tschad fliegen, man wird wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen und so wird ein alter Traum von Netanjahu möglicherweise wahr, dass man sich der arabischen Welt annähern kann, ohne das Problem mit den Palästinensern auch nur annähernd gelöst zu haben: denn die Wahrheit ist, dass den arabischen Führern die Palästinenser noch nie so egal waren wie jetzt. Sie waren ihnen immer egal, aber so egal wie sie ihnen jetzt sind, waren sie ihnen noch nie – unter anderem auch deswegen, weil sie Israel brauchen. Sie brauchen das Militär Israels, das High-Tech-Können Israels, sie brauchen das Wissen dieser Start-up Nation Israel. Mittlerweile weiß man auch, dass Israel sowohl militärische Software als auch Raketenabwehrsysteme in arabische Länder exportiert, dass die Geheimdienste zusammenarbeiten. All das sind Entwicklungen, die man sich

vor 15 oder 20 Jahren noch nicht hätte vorstellen können.

Ich rede immer noch nicht über die Palästinenser und die Situation zwischen Israel und Palästina. Ich möchte Ihnen zuerst kurz etwas über die Entwicklung innerhalb Israels erzählen. Ich habe in meinem letzten Buch »Alltag im Ausnahmezustand. Mein Blick auf Israel« geschrieben, dass eins der Dinge, die ich an Israel immer schon faszinierend fand, die Tatsache ist, dass Israel für mich wie eine Art Labor, eine Art Versuchslabor für Probleme und Entwicklungen ist, mit denen sich letztendlich alle demokratischen Staaten auseinandersetzen müssen – sei es der Terror oder was auch immer. Ich habe in den vielen Jahren und Jahrzehnten, in denen ich schon aus Israel berichte, diese Erfahrung gemacht. In dieser Zeit habe ich immer wieder festgestellt, dass Probleme, die in Israel entstanden oder aufgebracht und diskutiert wurden, irgendwann auch in den europäischen Gesellschaften ankamen und dass dieselben Gesellschaften, die Israel für bestimmte politische oder militärische Handlungen verurteilten, wenige Jahre später, wenn sie in ähnliche Situationen kamen, letztendlich zu denselben Entscheidungen kamen.

Eine dieser Entwicklungen, die wir in Israel sehen, ist eine Entwicklung, die wir auch in Europa haben und die ich jetzt im Moment einmal unter dem Stichwort der »illiberalen Demokratie« subsumieren möchte. Dies ist ein Begriff, den der ungarische Premier Victor Orbán geprägt hat. Allein diese Formulierung ist ein solcher Zynismus, dass klar ist, was damit eigentlich gemeint ist. Wir erleben in Israel eine Entwicklung hin zu einem Rechtspopulismus mitsamt den Folgen, die in Europa und auch in Amerika unter Trump gang und gäbe sind. Dies gilt auch für dieses Land. Bitte vergessen Sie nicht, dass wir hier 94 Menschen als Mandatsträger im Bundestag haben, die zu einer Partei gehören, die gelinde gesagt mit dem, was sie nicht als »deutsch« ansehen, so ihre Probleme haben.

Auch Israel hat sich immer weiter nach rechts bewegt. Der Auslöser dieser Veränderung war die Zweite Intifada. Bis zur Zweiten Intifada hatte die israelische Linke immer davon gesprochen, dass »...wir auf der anderen Seite einen Partner haben, mit dem wir reden müssen«. Die Zweite Intifada wurde allerdings von Jassir Arafat mitgetragen. Dabei darf man nicht vergessen, dass Arafat in den Jahren zuvor auf Englisch über CNN und NBC das eine und auf Arabisch etwas ganz anderes gesagt hat. Dies ist sehr wohl wahrgenommen worden, vor allem von der israelischen Rechten. Weil in Israel wie auch in Europa die Linke mehr von Ideologien und Träumen lebt als von Realpolitik, hat die Intifada mit ihren zum Teil brutalen

Selbstmordattentaten innerhalb des israelischen Kernlandes einen Schwenk der gesamten Gesellschaft nach rechts bewirkt.

Ich will Ihnen nur zwei Attentate nennen, die in Israel Schockwellen ausgelöst haben – und ich rede jetzt nicht von den »normalen« Busattentaten, die zuhauf stattfanden, sondern von einem Attentat im sogenannten Dolphinarium, einer Diskothek am Strand von Tel Aviv. Dort, wo an einem Freitagabend, als junge Leute anstanden, um vom Türsteher eingelassen zu werden, jagte sich ein junger Palästinenser, der ungefähr so alt war wie die Toten später, also 18 oder 19, in die Luft und riss dabei 21 junge Israelis mit in den Tod. Es waren vor allem junge russische Israelis, wodurch die russische Gemeinschaft in Israel, die sowieso schon rechts war, noch weiter nach rechts rückte. Dieses Attentat wurde aus dem Hotel gegenüber, dem Intercontinental, vom damaligen deutschen Außenminister Joschka Fischer gesehen, der gerade auf Staatsreise war. Fischer sah mit eigenen Augen, was da geschah. Am Tag danach begann er seine Pendeldiplomatie zwischen Ramallah und Jerusalem, weil der damalige israelische Premier Sharon eigentlich einmarschieren, alles kurz und klein schlagen und Arafat umbringen wollte. Nur dank der Pendeldiplomatie von Joschka Fischer konnte das in seinen schlimmsten Auswirkungen verhindert werden.

Ein anderes Attentat mit mehreren Dutzend Toten fand am ersten Abend von Pessach, am Sederabend 2002, statt. Im Park-Hotel in Netanja betrat ein Palästinenser einen Saal, in dem Juden einfach nur miteinander den Sederabend und das Pessachfest feierten, und jagte sich dort in die Luft. Dabei riss er 29 Zivilisten mit in den Tod, 64 wurden zum Teil schwer verletzt. Daraufhin begann eine Militäraktion, die dazu führte, dass die israelische Armee in Jenin und ins dortige Flüchtlingslager einmarschierte, es kam dort zu entsetzlichen Kämpfen mit vielen Opfern.

Ich war während dieser Zweiten Intifada für einen Film in England unterwegs. Ich drehte damals einen Film über Muslime in Europa, die praktizierende gläubige Muslime und gleichzeitig Demokraten sind. Ich habe damals meinem Sender gesagt, ich möchte einen Film über Muslime machen, die religiös und demokratisch sind, weil dieses Muslimen-Bashing, das damals natürlich schon angefangen hat, mir unglaublich auf die Nerven ging. Ich drehte damals in einer Koranschule in London, die versuchte, Koran und moderne Wissenschaft in Einklang zu bringen und den Studenten dort in den Lehrfächern beide Seiten nahe zu bringen. Genau zu dieser Zeit begannen die Selbstmordattentate innerhalb des

Kernlandes Israel und ich erinnere mich, wie der Leiter dieser Koranschule der Professor und Imam zugleich war, sagte: »Wir haben jetzt die Zweite Intifada verloren und die israelische Linke verloren.«

Er hatte völlig Recht, denn die israelische Rechte nutzte das natürlich aus und man begriff, dass es den Palästinensern offensichtlich nicht nur um »1967« ging, sondern um »1948« – dass es also nicht um die Frage eines palästinensischen Staates in den von Israel 1967 eroberten Gebieten ging, sondern dass es eigentlich um die Gebiete von 1948, um ganz Palästina ging.

Es ist heute übrigens in der gesamtpalästinensischen Debatte immer wieder zu hören, und es wird immer wieder gesagt, auf alle Fälle von den Islamisten, dass es eigentlich um 1948 geht. Gleichzeitig haben wir auf der israelischen Seite eine Situation, in der die israelische Rechte nach der Zweiten Intifada noch weiter nach rechts gerückt ist und auch nicht einmal mehr heimlich davon spricht, große Teile des Westjordanlandes annektieren zu wollen. Der ehrlichste Politiker, den Israel hat, ist der ultrarechte Naftali Bennett, der klipp und klar sagt, er wolle 60% des Westjordanlands annektieren. Welche 60% sind das? Gemeint ist damit die sogenannte Area C, wie es die Oslo-Verträge formuliert haben.

Sie wissen vielleicht, dass mit den Oslo-Verträgen das Westjordanland in drei Gebiete eingeteilt wurde. Da ist die Area A, das eigentliche palästinensische Autonomiegebiet, das ausschließlich von der palästinensischen Autonomiebehörde kontrolliert wird – was aber so nicht stimmt, weil die israelische Armee immer wieder dort Razzien macht. Die palästinensischen Sicherheitskräfte sitzen dann in ihren »Kabäuschen« und rühren sich nicht. Es gibt, zweitens, die Area B, die von Israelis und Palästinensern in gemeinsamen Patrouillen kontrolliert wird, und schließlich gibt es die Area C, das sind etwa 60% des Westjordanlands, das ausschließlich von Israel kontrolliert wird und in dem zugegebenermaßen am wenigsten Palästinenser leben. Es leben aber dort Palästinenser, die aus der Area C sukzessive vertrieben werden. Wenn Israel tatsächlich an den Punkt käme, das Westjordanland zu 60% zu annektieren, dann würde das bedeuten, dass man 2 Millionen Menschen mehr oder weniger außen vorhat. Damit sind wir beim alten Plan von Ariel Sharon noch aus den 70er und 80er Jahren. Sharon sagte, Jordanien sei eigentlich der »Staat Palästina«. Dort sind etwa 70% der Bevölkerung Palästinenser. Jordanien – so Sharon – war ja auch Teil des Gebietes, das Palästina genannt wurden, sollen die Palästinenser doch dort ihren Staat haben, jenseits des Jordans. Da wird überhaupt nicht

danach gefragt, ob diese 2 Millionen Menschen das gut finden, denn das ist der israelischen Rechten ohnehin egal.

Lassen Sie mich aber noch einmal zurückkehren zur innerisraelischen Situation. Wir erleben die Entstehung, oder die Tendenz hin zu dem, was Viktor Orbán eine »illiberale Demokratie« nennt. Wir erleben den Versuch der israelischen Rechten über immer neue Gesetzesvorlagen das, was Israel als liberale Demokratie ausmacht, nach und nach zu unterminieren – genau wie in den Vise-grádstaaten. Wir sehen diese Tendenzen auch in Österreich, in Italien, in Schweden, wir sehen es in Holland, wir sehen was hier in Deutschland von Seiten der AfD versucht wird, wir sehen es in Großbritannien, wir sehen es in den Vereinigten Staaten, diesen Abbau des Liberalismus.

In Israel gibt es immer wieder den Versuch, die Autorität des Obersten Gerichts auszuhebeln, weil es bisher immer alle wirklich ganz schlimmen Gesetze kassiert hat, indem es klarlegte, dass diese gegen das israelische Grundgesetz stehen. In Israel gibt es zwar kein »Grundgesetz« wie in Deutschland oder eine Verfassung, aber es gibt die sogenannten »Basic Laws« mit einem ähnlichen Status wie das Grundgesetz.

Mit der politischen Entwicklung – da müssen wir uns auch überhaupt nichts vormachen – haben wir auch eine Entwicklung zu einem wachsenden Rassismus in Israel. Rassismus, religiöser Fanatismus und Rechtspopulismus sind aber auch eine Reaktion auf das, was auf der anderen Seite geschieht. Natürlich ist es jetzt müßig zu fragen, was zuerst da war, die Henne oder das Ei. Die Extremisten auf beiden Seiten verstehen sich eigentlich bestens und »beflügeln« sich gegenseitig. Auch in der palästinensischen Gesellschaft erleben wir ein Anwachsen von Fanatismus und Extremismus. Dass der in den Medien so oft als moderat genannte Palästinenserpräsident Abbas alles andere als moderat gegenüber seiner eigenen Gesellschaft ist, sollte jedem, der sich ein bisschen mit Palästina beschäftigt, klar sein. Menschenrechte? Demokratie? Nichts davon ist in Palästina zu sehen und es redet auch kaum jemand darüber, dass dieser Mann eigentlich längst kein Mandat mehr hat. Die letzten freien Wahlen in Palästina waren 2006. Dieser Palästinenserpräsident, den alle eigentlich immer als den Gesprächspartner für den Frieden ansehen oder angesehen haben, hat überhaupt kein Mandat mehr.

Damit kommen wir jetzt zu dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Für die Israelis ist auf den ersten Blick die Situation der Palästinenser ideal: ein unterdrücktes Volk, unter

Besatzung lebend, das aber untereinander so zerstritten ist, dass es überhaupt nicht in der Lage ist, mit einer Stimme gegenüber den Besatzern zu sprechen. Diese unglaubliche politische Dummheit, diese Unfähigkeit, den Streit und den Hass zwischen Hamas und Fatah beiseitezuschieben, um sich zu vereinen, um gemeinsam gegen Israel mit einer Stimme zu sprechen, ist unfassbar und führt dazu, dass ich mich als Beobachter manchmal frage, ob die palästinensischen Politiker eigentlich einen eigenen Staat wollen. Ich bin mir manchmal nicht so sicher, ob die Politik in Palästina wirklich einen Staat will, weil sie dann nämlich anders agieren würde.

Sie wissen, dass die Palästinensische Autonomiebehörde vor allem im letzten Jahr an der Situation in Gaza, an der Verschlechterung der humanitären Lage, einen großen Anteil hatte, wobei ich die Verantwortung, in der Israel und auch Ägypten stehen, überhaupt nicht schmälern will. Aber Sie wissen, dass die Stromversorgung immer weiter gekappt wurde, weil Palästinenserpräsident Abbas den Israelis gesagt hatte, er zahle nicht mehr den Strom für Gaza, weil er die Hamas in die Knie zwingen wollte. Dann hatte Abbas gesagt, er zahle nicht mehr die Gehälter, auch dies, weil er die Hamas in die Knie zwingen wollte. Er hat jetzt sogar bei den letzten Kämpfen zwischen Hamas und Israel versucht die Gespräche für einen Waffenstillstand zwischen Hamas und Israel zu torpedieren, weil er der Ansicht war, so ein Waffenstillstand könne nur über die Palästinensische Autonomiebehörde vereinbart werden. Abbas wollte verhindern, dass die Hamas »aufgewertet« wird. Doch niemand interessiert sich mehr dafür, was Abbas will. Nicht die USA, nicht die Israelis, nicht die Ägypter, nicht Katar, die als Mediatoren bei den indirekten Gesprächen zwischen Israel und Hamas dabei sind.

Die Situation mit Gaza ist und bleibt ein Drama. Netanjahu ist seit 2009 ununterbrochen an der Regierung, wenn auch immer wieder in neuen Koalitionen. 2019 wird er zehn Jahre nonstop Premierminister sein und er war es ja schon einmal in den 90er Jahren. Netanjahu hat es in diesem Jahrzehnt komplett versäumt, eine Vision für Gaza zu entwickeln, eine Politik, die auf der einen Seite das sehr berechtigte Sicherheitsbedürfnis Israels im Süden abdeckt, aber den Menschen in Gaza gleichzeitig eine Möglichkeit bietet, einigermaßen menschenwürdig zu leben.

Glauben Sie mir, ich war in den elf Jahren als Korrespondent immer wieder in Gaza, ich weiß sehr genau, wie es dort aussieht. Das heißt nicht, dass die Hamas keine Verantwortung dafür hat, weil sie die Millionen, die sie bekommt, für Tun-

nel und Waffen ausgibt und nicht für Infrastruktur, Krankenhäuser oder Schulen.

Der erste Krieg gegen Gaza wurde 2008/2009 noch von Netanjahus Vorgänger Ehud Olmert geführt, der kurze zehntägige Waffengang 2012 lief schon unter Netanjahu und 2014 war der letzte Krieg, den ich noch als Korrespondent ge-covert habe, der über 50 Tage ging. Es war ein Krieg, den Netanjahu kaum führen wollte, aber führen musste. Auch hier konnte man sehen, ebenso wie in den letzten zwei Wochen im November 2018, dass Netanjahu eigentlich klug genug ist, nicht das zu tun, was sein ultrarechtes Sicherheitskabinett immer wieder fordert: einmarschieren, »platt machen«, Gaza wieder besetzen. Das wurde 2014 von Naftali Bennett und Liebermann gefordert und Netanjahu sagte nein. Es wurde jetzt vor 14 Tagen wieder gefordert, doch Netanjahu hat dann den Waffenstillstand unterschrieben und ihm zugestimmt, weil er weiß, dass eine Neubesetzung oder ein totaler Waffengang mit der Hamas auf israelischer Seite und mehr noch auf palästinensischer Seite eine unsäglich hohe Anzahl von Opfern fordern und sich am Schluss aber nichts verändern würde.

Niemand in Israel, der auch nur halbwegs vernünftig denkt, will eine Wiederbesetzung Gazas, am allerwenigsten das Militär. Ich kann Ihnen nur immer wieder versichern: die vernünftigsten Leute in Israel sitzen im Generalstab des Militärs. Gottseidank gibt es den israelischen Generalstab, der sehr häufig den Plänen der ultrarechten Politikern im Kabinett ein »Lo«, ein Nein, entgegenwirft und sagt: »Das machen wir nicht.« Der Generalstab hat übrigens auch verhindert, dass Verteidigungsminister Barak mit Unterstützung von Netanjahu 2012 den Iran angreift. Man darf jedoch eines nicht vergessen: Die Hamas ist in einer höchst problematischen Lage in Gaza. Sie ist nicht bereit, die Macht abzugeben oder an die Palästinensische Autonomiebehörde zurückzugeben. Im Gegenteil, sie versucht ihre Macht dort weiter zu konsolidieren und das mit dem Geld des schiitischen Iran, obwohl die Hamas sunnitisch ist. Das sehen aber wichtige sunnitische Staaten gar nicht gern, allen voran Ägypten. Ägypten hat sich unter as-Sisi gegen die Muslimbruderschaft zurück an die Macht geputzt. Die neue ägyptische Regierung unterdrückt, verfolgt, foltert und ermordet die Muslimbruderschaft in Ägypten mit brutalsten Methoden. Die Hamas ist der palästinensische Ableger der Muslimbruderschaft. Auch Saudi-Arabien sieht die Unterstützung der Hamas durch den Iran gar nicht gern, weil auch die Saudis gegen die Muslimbruderschaft sind. Katar hat in dieser Frage eher eine Zwitterrolle, es unterstützt Gaza und die Hamas mit Geld und versucht gleichzeitig zu vermitteln,

was aber wiederum den Ägyptern nicht gefällt, weil der Protest am Tahrir-Platz während des »Arabischen Frühlings« von Katar mitgesteuert wurde und weil Katar versuchte, die Muslimbruderschaft – zunächst erfolgreich – an die Macht zu bringen.

Schließlich – nicht zu vergessen – gibt es noch das Problem von Erdoğan aus der Türkei, der sich als großer Freund der Hamas aufspielt und versucht, gegen den Willen der arabischen Machthaber und der arabischen Staaten sich zu einem neuen »Osmanischen Herrscher« aufzuschwingen, was ihm jedoch nicht so wirklich gelingt. Und so sehen Sie, dass viele Köche in diesem Brei herumrühren und dass, selbst wenn Israel mit Gaza eine Lösung finden wollte, ein Teil der sunnitischen Staaten damit nicht einverstanden wäre. So schwingt Netanjahu permanent in einem Schwebzustand hin und her, indem er auf der einen Seite versucht, das Schlimmste aus israelischer Sicht zu verhindern, und auf der anderen, indem er versucht, den Palästinensern gerade so viel zu geben, damit auch die Arabische Welt sagt, dass das in Ordnung sei.

Netanjahu braucht die arabischen Staaten in seinem Kampf gegen den Iran dringend. Die Tatsache, dass er jetzt im November mit der Hamas schnellstens einen Waffenstillstand schloss, hatte eindeutig damit zu tun, dass er die gerade gewonnenen Erfolge seiner diplomatischen Arbeit mit Oman, den Emiraten, mit Abu Dhabi nicht gefährden wollte.

Sie sehen, dass alles mit allem irgendwie verbunden wird und verbunden ist. Im Hintergrund lauert der Iran als ganz große Bedrohung für alle und die Bauernopfer sind, wie immer, die Palästinenser. Ich glaube, dass die brutale Wahrheit im Nahen Osten die ist, dass die Zweistaatenlösung vorbei ist. Meines Erachtens wird es keine Zweistaatenlösung geben. So wie die Realität vor Ort aussieht, ist auf beiden Seiten niemand da, der eine reale Chance für die Umsetzung einer Zweistaatenlösung hätte und seine Bevölkerung jeweils davon überzeugen könnte.

Wir wissen im Augenblick noch nicht, was dieser angebliche Friedensplan von Donald Trump beinhalten wird und dessen Veröffentlichung Monat um Monat verschoben wird. Wir sind alle dabei, Donald Trump aus gutem Grund zu misstrauen, ihn zu belächeln, ihn für einen Irren zu halten. Er hat politische Entscheidungen getroffen, beispielsweise die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem, bei der die ganze Welt aufgeschrien hat. Aber wenn wir uns für einen Moment die Realität anschauen, wie sie ist, dann muss man sagen, dass die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem

nichts verändert hat. Der Aufschrei war kurz, die Botschaft ist vor allem nach *West*jerusalem verlegt worden, nicht nach *Ost*jerusalem. Die arabischen Machthaber haben kurze Zeit getobt, aber alle sind längst wieder zum »business as usual« zurückgekehrt. Seit Oslo 1993 haben sehr viele Politiker vor Ort und mehrere amerikanische Präsidenten versucht, die Zweistaatenlösung durchzusetzen. Es gibt einen Satz von Einstein, den ich jetzt wörtlich nicht hinbekomme. Aber sinngemäß hat Einstein definiert, was eigentlich Schwachsinn ist. Einsteins Definition ist: Schwachsinn ist, wenn man ständig dasselbe versucht und glaubt, dass am Schluss etwas anderes dabei herauskommt. Die Wahrheit ist, dass von – zuletzt – George H. W. Bush bis Barack

Obama alle mehr oder weniger dasselbe ohne Ergebnis versucht haben. So schließe ich für den Moment damit ab, dass ich sage: Vielleicht hat der Mann im Weißen Haus so abstruse Ideen, die uns vielleicht in zwei, drei Monaten echt überraschen werden und aufgrund der Neuordnung des gesamten Nahen Ostens mit den neuen Bündnissen zwischen arabischen Staaten und Israel tatsächlich etwas bewegen könnten. Ich kann kaum daran glauben, aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. 

Zusammenleben in Frieden und Versöhnung: Eine palästinensisch-christliche Perspektive – der Beitrag der palästinensischen Christen für Frieden und Gerechtigkeit

Von Bischof Sani Ibrahim Azar, Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land, Jerusalem



Bischof Sani Ibrahim Azar bei seinem Vortrag in der Reinoldi-Kirche

© Dirk Johnen/MÖWe

Stadtkirche St. Reinoldi, 30. November 2018

Gnade und Frieden für euch von Gott, unserem Vater, und dem Herrn Jesus Christus. Amen.

Es ist mir eine Ehre, heute aus meiner Sicht als palästinensischer christlicher Bischof über Frieden und Versöhnung zu sprechen. Ich möchte den Organisatoren dieser Konferenz für die Einladung und für Ihre freundliche Gastfreundschaft danken, während ich hier bin. Es ist immer gut, in Deutschland zu sein, denn ich betrachte es als meine zweite Heimat.

Die Vision eines friedlichen Zusammenlebens

Es ist natürlich sehr wichtig, dass wir über das Potenzial für ein friedliches Zusammenleben im

Nahen Osten diskutieren. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist nach wie vor der Kernkonflikt im Nahen Osten, der die gesamte Region betrifft. Gleichzeitig hat das, was im Nahen Osten geschieht, tiefgreifende Auswirkungen an anderer Stelle, so dass wir, wenn wir über die Zukunft des Friedens auf der Grundlage von Gerechtigkeit in der arabischen Welt diskutieren, auch über das Potenzial des friedlichen Zusammenlebens in Europa und der übrigen Welt sprechen. Heute werde ich meine persönlichen Erfahrungen sowie die Arbeit unserer Kirche in Jordanien und im Heiligen Land mit dem Ziel eines friedlichen Zusammenlebens teilen.

Meine eigene Perspektive auf das Zusammenleben und was es bedeutet, als Christ mit dem »Anderen« zu leben, entstand, als ich als kleiner

Junge im Internat der Evangelisch-Lutherischen Schule in Beit Jala, Palästina, studierte. Mein Vater, Diakon Charlie Azar, war der Direktor der Schule. Bildung war schon immer ein wichtiger Teil unserer lutherischen Mission in Palästina, darunter die Schneller School, die Talitha Kumi School und mehrere Waisenhäuser.

Das Internat der Schule in Beit Jala war von den 1950er Jahren bis 2011 in Betrieb und bildete Hunderte von christlichen und muslimischen jungen Männern aus. Dort entstand mein Verständnis davon, was es bedeutet, in Frieden und Freundschaft zusammenzuleben. Als Studenten in der Boarding Section haben wir nie zwischen muslimischen Freunden und christlichen Freunden unterschieden. Wir waren alle zusammen Schüler, Gleichgestellte, die zusammenlebten und einander liebten. Im kommenden Jahr wird es sogar ein großes Wiedersehen der Alumni der Schule geben, und wenn wir uns treffen, wird es eine einzige Familie sein, nicht zwei. Wir werden keine Muslime und Christen sein, sondern einfach Brüder.

Diese Perspektive auf das Zusammenleben - die Idee, dass Christen dazu berufen sind, mit Nachbarn verschiedener Religionen auf Augenhöhe, in gegenseitiger Liebe und Achtung zu leben - ist eine, die ich noch heute habe und die unsere Kirche, die evangelisch-lutherische Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land, antreibt. Unsere Erziehungsdienste und Gemeinden halten weiterhin an den Werten des Zusammenlebens, der Liebe und der Verständigung zwischen Christen und Muslimen fest. Ich denke an die Worte meiner Großtante, einer Diakonin der Kirche, die oft sagte: »Es gelingt uns vielleicht nicht, Muslime zu Christen zu machen, aber wir werden sicherlich Christen zu Freunden ihrer muslimischen Nachbarn machen«. Dies ist meiner Meinung nach ein entscheidender Faktor für den Aufbau einer starken und nachhaltigen palästinensischen Zukunft.

Das Zusammenleben mit unseren muslimischen Nachbarn ist ein Markenzeichen der Arbeit von ELCJHL, aber es ist nicht einzigartig in unserer Kirche. Historisch gesehen hatten die Christen in Palästina sehr gute Beziehungen zu unseren muslimischen Nachbarn und Freunden. Tatsächlich würden die meisten palästinensischen Christen die Muslime nicht als das »Andere« betrachten. Wir sind Nachbarn und Freunde. Wir sind ein palästinensisches Volk.

Im Sommer 2017, als der Zugang zur Al-Aqsa-Moschee für muslimische Anbeter stark einge-

schränkt war, gab es mehrere sehr bewegende Zeichen der Solidarität zwischen palästinensischen Christen und Muslimen. Ein Foto, auf dem ein palästinensischer Christ eine Kreuzkette trug und unter seinen muslimischen Freunden in den Straßen Jerusalems zum Gebet stand, wurde in den internationalen sozialen Medien viral. Dann, an dem Tag, an dem die Anbeter endlich wieder in die Moschee zurückkehren durften, um zu beten, kamen viele christliche Führer, um die muslimischen Führer wieder nach innen zu begleiten. Die Priester und Pastoren gaben an, dass sie wussten, dass ihre muslimischen Brüder dasselbe für sie tun würden, wenn der Zugang zum Heiligen Grab oder zu einer unserer anderen Kirchen jemals eingeschränkt würde.

Christen und Muslime haben in der Tat Hunderte von Jahren der Freundschaft und des Zusammenlebens erlebt. Wir teilen eine Sprache, ein Land, und jetzt teilen wir uns die gleichen Kämpfe aufgrund der anhaltenden militärischen Besetzung. Natürlich gibt es Unterschiede in der palästinensischen muslimischen und palästinensischen christlichen Kultur. Allerdings wurde oft gesagt, dass, wenn das Ende einer Waffe auf dich gerichtet ist, es nicht fragt, ob du ein Christ oder ein Muslim bist. Wir mögen in manchen Dingen anderer Meinung sein, aber als Christen wählen wir das Zusammenleben und die Nächstenliebe.

Im Westjordanland bedeutet das Leben in einer vielfältigen Gesellschaft das Zusammenleben als Christen und Muslime (und auch das Zusammenleben als Christen aus unterschiedlichen Traditionen.) In Jerusalem umfasst unsere vielfältige Gesellschaft jedoch Christen, Muslime und Juden (sowie viele Internationale.) Das Gespräch über das friedliche Zusammenleben in Jerusalem erhält eine andere Bedeutung, da wir nicht vom Zusammenleben mit dem jüdischen Volk sprechen können, ohne anzuerkennen, dass unsere Nachbarn, die die israelische Staatsbürgerschaft besitzen, andere Rechte genießen als die Palästinenser und Jerusalemer. Daher wird das Reden über Koexistenz nicht nur zu einer Diskussion über die Wertschätzung der Religion oder Kultur des anderen, sondern auch über die Auseinandersetzung mit Fragen von Macht und Privilegien.

Im Jahr 1929, vor der Gründung des israelischen Staates, schrieb der jüdische Philosoph Martin Buber:

»Wir haben Palästina nicht zusammen mit den Arabern besiedelt, sondern neben ihnen. Wenn zwei Nationen im selben Land leben, aber es nicht schaffen dies gemeinsam zu tun, muss

zwangsläufig ein Zustand des »Gegeneinanders« entstehen. Das wird hier geschehen - und es wird keine Rückkehr zu einem bloßen »Nebeneinander« geben. Aber trotz der Hindernisse auf unserem Weg ist der Weg für eine Einigung noch offen. Wenn wir ein solches Verhältnis zu den Arabern Palästinas nicht erreichen, werden wir die Ziele des Zionismus nie erreichen. »

(Martin Buber, *The National Home and National Policy in Palestine, 1929, A Land of Two Peoples*, Seite 91)

Das haben wir als Christen in Palästina erlebt: dass, während einige sich Koexistenz und echte Freundschaft wünschen, viele Israelis nicht mit Palästinensern leben wollen, sondern nur neben uns. Aber wie Martin Buber vorhergesagt hat, haben wir gesehen, wie das Nebeneinander nie zum Frieden führen wird. Umso wichtiger ist es, dass die Kirche mutig die Vision vom Reich Gottes verkündet, in dem wir alle in gegenseitiger Liebe und Respekt zusammenleben. Wir suchen keine kalte Toleranz oder eine entfernte Freundschaft mit unseren Nachbarn. Wir glauben weiterhin, dass das gesamte Heilige Land ein Ort der heiligen Schwesternschaft und Brüderlichkeit zwischen Christen, Muslimen und Juden sein kann.

Der lutherische Pastor Dietrich Bonhoeffer schrieb am häufigsten an die christliche Gemeinschaft, aber vieles von dem, was er sagt, kann auch auf eine vielfältige Gesellschaft ausgedehnt werden. Ich denke an dieses Zitat aus seinem klassischen Buch über die christliche Gemeinschaft mit dem Titel »Zusammenleben«:

»Die Person, die ihren Traum von Gemeinschaft liebt, wird die Gemeinschaft zerstören, aber die Person, die die Menschen um sie herum liebt, wird Gemeinschaft schaffen.« (Dietrich Bonhoeffer, *Zusammenleben: Die klassische Erforschung der christlichen Gemeinschaft*)

Tatsächlich ist das, was wir heute in Palästina und Israel erleben, oft, dass sich die Menschen mehr um ihre Vorstellung davon kümmern, was sein sollte oder was sie sich vorstellen, als um das, was (oder besser gesagt, wer) Realität ist. Einige Israelis wünschen sich, dass die Palästinenser das Land verlassen. Einige Palästinenser wünschen sich, dass die Israelis gehen. Aber die Realität ist, dass wir hier sind, wir alle zusammen. Wir alle verdienen gleiche Rechte, mit gleichen Verantwortlichkeiten. Wir alle verdienen gegenseitigen Respekt und Sorge sowie die Möglichkeit einer glücklichen und nachhaltigen Zu-

kunft für unsere Familien in dem Land, das wir unser Zuhause nennen. Was würde passieren, wenn wir uns dafür entscheiden würden, die Menschen unter uns zu lieben, anstatt von einer Realität zu träumen, die es nicht gibt? Dies ist nicht nur eine Frage für palästinensische Christen, sondern auch eine wichtige Frage für Europa, da Sie sich mit den vielen Neuankömmlingen in Ihren Gesellschaften nach der Flüchtlingskrise befassen.

Wenn du darüber nachdenkst, wie du deine neuen Nachbarn lieben und willkommen heißen willst, möchte ich dich als Palästinenser ermutigen, dich daran zu erinnern, dass das Zusammenleben mit dem Anderen nie bedeuten sollte, dass ich vergesse, wer ich bin. Wie Jesus mehrmals zu den Jüngern sagte: Hab keine Angst! Die Aufnahme des Fremden gefährdet nicht die eigene Identität als Nachfolger Jesu. Tatsächlich ist die Begrüßung des Fremden ein grundlegender Teil unseres Rufes nach Nachfolge! Es macht uns mehr und nicht weniger zu Christen.

Ich muss sagen, ich bin besorgt über das, was ich heute in Europa sehe. Einige Europäer haben Angst davor, eine christliche Identität zu bewahren, wenn sie Seite an Seite mit Muslimen leben, und ich sehe, wie dies eine Welle von Rassismus und Vorurteilen gegen Neuankömmlinge hervorruft. Aber andere nehmen meiner Meinung nach zu Unrecht eine andere Haltung ein. Sie sagen, dass Christen, um in friedlicher Koexistenz zu leben, einige von uns verstecken müssen. Sie fragen sich, ob wir vielleicht nicht das Kreuz zeigen oder die Dreifaltigkeit verkünden sollten, denn das kann andere verletzen. Im Gegenteil, unsere Erfahrungen hier in Palästina und Israel zeigen, dass der Weg zum Verständnis und zur Achtung der Menschen authentisch sein muss. Unsere muslimischen und jüdischen Nachbarn wollen wissen, was wir glauben - und sie wollen die Freiheit, auch zu sagen, was sie glauben. Nur so können wir uns wirklich kennenlernen und lieben. Jesus sagte: »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.« Wenn wir uns dem Anderen mit einer unauthentischen Version von uns selbst nähern, dann senden wir die Botschaft, dass wir dasselbe von ihm erwarten. So kann man keine Freundschaft aufbauen, geschweige denn eine Gesellschaft. Das ist keine Art zu lieben.

Wenn wir also ein friedliches Zusammenleben wollen, dann dürfen wir unsere Überzeugungen niemals verwässern. Wir müssen sein, wer wir sind. Wie es geschrieben steht: »Denn ich schäme mich nicht für das Evangelium; es ist die Kraft

Gottes zur Erlösung für alle, die glauben, für den Juden zuerst und auch für den Griechen.« (Römer 1:16). Die Gemeinde in Palästina und Israel, obwohl wir heute eine winzige Minderheit der Bevölkerung vertreten, schämt sich nie dafür, wer wir sind. Wir werden uns nie für das Kreuz oder für Jesus Christus entschuldigen. Stattdessen klammern wir uns an das Kreuz und an das Zeugnis unseres Herrn Jesus, der sich nie von den Ausgestoßenen oder dem Fremden abwandte, sondern alle an den Tisch einlud. Wir stehen fest in unserem Glauben, dass Gott wünscht, dass wir als eine - eine Kirche und eine Menschheit - zusammenleben. Deshalb werden wir uns in Jordanien, in Jerusalem, in Palästina und Israel weiterhin für Palästinenser und Israelis, Christen, Muslime und Juden einsetzen, bis zu dem Tag, an dem wir alle wahre Freiheit, wahre Sicherheit und wahren Frieden auf der Grundlage von Gerechtigkeit kennen.

Herausforderungen und Hindernisse für die Vision

Während palästinensische Christen unerschütterlich an dem Glauben festhalten, dass eine vielfältige und freie Gesellschaft in Israel und Palästina nicht nur möglich ist, sondern auch unsere christliche Berufung und Verantwortung ist, stehen wir heute vor einigen klaren Herausforderungen für diese Vision.

Erstens, die Entscheidung der Vereinigten Staaten, ihre Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, war ein schwerer Schlag für die Vision einer Zwei-Staaten-Lösung. Einige Befürworter des Vorhabens sagen, dies spiegele lediglich die Realität wider - dass Jerusalem und nicht Tel Aviv bereits die eigentliche Hauptstadt Israels war. Aus palästinensischer Sicht bedeutet dieser Schritt jedoch, dass Jahrzehnte sorgfältiger Friedensverhandlungen aufgegeben wurden. Ein gemeinsames Jerusalem war schon immer ein zentraler Bestandteil der Friedensgespräche zwischen Israel und Palästina. Die Erklärung, dass Jerusalem ausschließlich Israel gehört, zeigt, dass es wenig bis gar keine Verpflichtung der US-Regierung zu einem vernünftigen Zwei-Staaten-Plan gibt. Dies hat sich unmittelbar auf die Bereitschaft kritischer Stimmen ausgewirkt, an den Verhandlungstisch zu kommen, insbesondere wenn die Amerikaner beteiligt sind.

Nach dem Umzug der Botschaft haben wir weitere deutliche Anzeichen dafür gesehen, dass die US-Regierung kein Interesse daran hat, eine Zwei-Staaten-Lösung zu unterstützen. Eine drastische

Kürzung der Mittel für USAid, die fast 200 Millionen Dollar entspricht, hat zu einer Krise für viele palästinensische Schulen und Krankenhäuser geführt, darunter das Augusta Victoria Hospital auf dem Ölberg, ein Ministerium des Lutherischen Weltbundes.

Kurz nach dieser Ankündigung wurde bekannt, dass auch die Mittel aus dem UNRWA, dem wichtigsten UN-Programm für palästinensische Flüchtlinge, gekürzt werden. Dies betrifft nicht nur Palästinenser in den besetzten Gebieten, sondern auch im Libanon, in Syrien und Jordanien. Dies scheint nicht nur eine Krise für Ernährungsprogramme und andere Dienstleistungen für Millionen von Flüchtlingen zu verursachen, sondern auch eine direkte Herausforderung für das palästinensische Rückkehrrecht, eine weitere Schlüsselkomponente jeder weiteren Friedensverhandlung.

Eine dritte Herausforderung für das friedliche Zusammenleben ist schließlich das neue jüdische Nationalstaatsgesetz, das im Juli 2018 von der Knesset verabschiedet wurde.

Dieses Grundgesetz verankert Israel als »nationale Heimat des jüdischen Volkes«; und besagt, dass das »Recht auf nationale Selbstbestimmung innerhalb des Staates Israel einzigartig für das jüdische Volk ist«. Diese Aktion ist für mich sehr beunruhigend, da sie bewusst die 1,5 Millionen Bürger Israels ausschließt, die sich als arabisch-israelisch, beduinisch oder drusisch ausgeben. Sie ignoriert auch die Anwesenheit von Bürgern und Bewohnern, die anderen religiösen Gruppen angehören, und die bedeutenden Beiträge, die sie zur israelischen Gesellschaft leisten. Trotz der großen Vielfalt in der israelischen Gesellschaft bevorzugt dieses Gesetz eine Kultur oder ethnische Gruppe und setzt die arabische Sprache sogar darauf herab, nur »Sonderstatus« zu haben.

Noch beunruhigender ist jedoch der Teil des Gesetzes, in dem es heißt: »Der Staat betrachtet die Entwicklung der jüdischen Siedlung als nationalen Wert und wird handeln, um ihre Gründung und Konsolidierung zu fördern.« Es ist schwer zu verstehen, wie die Förderung und Förderung von getrennten, monokulturellen, monoreligiösen Gemeinschaften innerhalb Israels selbst (oder innerhalb palästinensischer Gebiete in Form illegaler Siedlungen) den Staat Israel in eine friedliche Zukunft führt. Diese erklärte Absicht, ausschließlich jüdische Gemeinschaften zu gründen, ist Anlass zur Sorge für alle christlichen, muslimischen, beduinischen und drusischen Bewohner,

die die gleichen Rechte wie andere israelische Bürger genießen wollen.

Als Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land finde ich dieses Gesetz grundsätzlich spaltend, rassistisch und destruktiv. Die Erklärung, dass Israel nicht mehr »zu Hause« für Nichtjuden oder Bürger der arabischen Kultur ist, hat offiziell eine Unterklasse von Menschen in der Nation geschaffen.

Dies sind nur einige der Herausforderungen, vor denen Menschen guten Gewissens stehen - israelische und palästinensische, christliche, jüdische und muslimische -, die sich für ein friedliches Zusammenleben im Heiligen Land einsetzen. Als Palästinenser und Christ muss ich die Frage stellen:

Wie können wir über Frieden sprechen, bis wir diese Fragen der Gerechtigkeit angehen? Wie kann ich in meiner Heimat selbst authentisch sein, wenn man mir sagt, dass es so etwas wie einen palästinensischen Flüchtling, so etwas wie einen Palästinenser, so etwas wie Palästina nicht gibt? Wenn das der Fall ist, dann bin ich ein Ausländer - sogar in der Stadt Jerusalem, wo ich geboren wurde. Wir können nicht zu Frieden und wahrer Freundschaft übergehen, ohne uns zunächst mit Fragen der Identität und Gerechtigkeit zu befassen.

Wie geht es weiter?

In meinem Land war es in den letzten Monaten eine sehr schwierige Zeit. Jeden Freitag seit März protestieren Palästinenser in Gaza im »Großen Marsch der Rückkehr« an der Grenze, und israelische Streitkräfte haben reagiert, was zu vielen Opfern führte. Jetzt, in den letzten Wochen, haben wir einen verstärkten Austausch von Gewalt zwischen Israel und Gaza erlebt. Sowohl Israelis als auch Palästinenser halten ihre gemeinsamen

Atemzüge an und fragen sich, was als nächstes kommt. Wie es aber im Evangelium nach Markus geschrieben steht,

»Wenn ihr von Kriegen und Gerüchten über Kriege hört, seid nicht beunruhigt; das muss geschehen, aber das Ende steht noch bevor. Denn die Nation wird sich gegen die Nation erheben und das Königreich gegen das Königreich; es wird Erdbeben an verschiedenen Orten geben; es wird Hungersnöte geben. Das ist nur der Anfang der Geburtswehen.« (Markus 13,7-8)

Obwohl die Situation sehr schwierig erscheint, verzweifeln wir als Christen nicht. In unserer Zukunft kann es sehr wohl wieder Krieg geben, und dennoch gehen wir weiterhin den Weg der Liebe und des Lichts, der uns durch unseren Herrn Jesus Christus offenbart, gekreuzigt und auferstanden ist. Palästinensische Christen sind standhaft im Glauben und standhaft im Land, weil wir fest daran glauben, dass dies nur der Beginn der Geburtswehen ist. Mit anderen Worten, auch nach mehr als fünfzig Jahren der Besetzung ist der Traum vom Frieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit in Palästina und Israel nicht tot. Wir beten und befürworten immer noch für zwei Staaten, Israel und Palästina, mit vereinbarten Grenzen und einem gemeinsamen Jerusalem. Wir sind immer noch von Hoffnung schwanger und erwarten mit Spannung nicht nur die Geburt einer Zukunft, in der Palästinenser und Israelis Seite an Seite mit Würde und Sicherheit leben, sondern auch die Geburt des Reiches des Friedens, der Gerechtigkeit und der Versöhnung Gottes, hier auf Erden wie im Himmel.

Möge der Friede Gottes, der durch alles Verständnis geht, eure Herzen und Gedanken in Christus Jesus bewahren. Amen.



Zwei-Staaten-Lösung nötig, aber unrealistisch Richard C. Schneider und Bischof Sani Ibrahim Azar im Gespräch (Zusammenfassung)

Von Dirk Johnen, Redakteur und verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Verantwortung der Evangelischen Kirche von Westfalen, Dortmund



Sani Ibrahim Azar und Richard C. Schneider im Gespräch mit MÖWe-Leiterin Annette Muhr-Nelson in der Reinoldi-Kirche

© Dirk Johnen/MÖWe

Das Gespräch moderierte Pfarrerin Annette Muhr-Nelson, Leiterin des Amtes für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) der Evangelischen Kirche von Westfalen, Dortmund.

*Als Anwalt*innen des Publikums fungierten Dr. Sabine Federmann, Studienleiterin für Theologie und Dialog der Religionen im Fachbereich Theologische und gesellschaftliche Grundfragen der Evangelischen Akademie Villigst im Institut für Kirche und Gesellschaft, Schwerte, und Dr. Christian Hohmann, MÖWe-Regionalpfarrer für die Kirchenkreise Herford, Lübbecke, Minden und Vlotho.*

Stadtkirche St. Reinoldi, 30. November 2018

Traum vom Zusammenleben zwischen Israelis und Palästinensern contra scharfer Analyse der Ist-Situation: Beim Westfälischen Thementag zum Thema »Wo stehen Israel und Palästina heute – 70 Jahre nach der Staatsgründung Israel« hätten die unterschiedlichen Ansichten der beiden Hauptredner zum Auftakt nicht deutlicher sein können. Ein Gespräch mit dem ehemaligen ARD-

Korrespondenten Richard C. Schneider, Tel Aviv, und dem Theologen Ibrahim Azar, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Jordanien und dem Heiligen Land, Jerusalem, zeigte zwei komplett unterschiedliche Vorstellungen auf.

Während Schneider eine Zwei-Staaten-Lösung für unerreichbar hält, schlug Azar eine Ein-Staaten-Lösung mit den gleichen Menschenrechten wie in Israel für alle Bewohner vor. Er würde es bejahen, »dass wir zusammen in einem Staat leben«.

Und weiter: »Ich möchte in Jerusalem nicht leben ohne meinen israelischen Freund. Das heißt, wir wollen zusammen leben in einer Stadt, in der Palästinenser und Israelis, Juden und Christen leben, in einer Stadt, in der wir alle dieselben Rechte haben«, führte er aus.

Als Grundvoraussetzungen dafür sieht er Bildungsarbeit und gegenseitiges Kennenlernen. So könne sich ein Verständnis für den anderen und für seine andere Sichtweise entwickeln. Bei einer Zwei-Staaten-Lösung sehe er viele Probleme. Es sei nicht erkennbar, wo nach fortschreitender israelischer Besiedlung der Westbank noch ein palästinensischer Staat entstehen solle.

Dem widersprach der israelische Journalist Schneider entschieden und betonte, er wolle auf keinen Fall eine Ein-Staaten-Lösung. Es sei ihm extrem wichtig, als Jude in einem jüdischen Staat zu leben. »Ich möchte einen Ort auf dieser Welt haben, wo ich als Jude innerhalb eines jüdischen Ambientes leben kann, in dem ich über ein Jude-Sein nicht mehr nachdenken muss.« Die Ein-Staaten-Lösung bedeute im Klartext die Auflösung des jüdischen Staates.

Kritisch betrachte er allerdings den Siedlungsbau durch die israelische Regierung. Unterstützt durch die nationalistischen und ultrarechten Kräfte in Israel führe diese letztlich dazu, »dass es keine Zwei-Staaten-Lösung mehr geben kann«. Es sei offen, wie es dann weitergehen soll. Nach Schneiders Ansicht bleiben zwei Möglichkeiten: Die eine sei tatsächlich eine komplette Ausgrenzung der Palästinenser aus dem Westjordanland bzw. aus dem Teil, den man dann annektiert. Als andere Option nannte er, dass die Palästinenser in ein Staatsgebilde aufgenommen werden. Dann könnten ihnen aber auch nicht die staatsbürgerlichen Rechte verwehrt werden.

Er glaube allerdings nicht mehr an eine Zwei-Staaten-Lösung, wenngleich sie für beide Seiten eine Notwendigkeit sei und der einzige Weg wäre, um die Region zu befrieden. Der Hass und das Misstrauen seien auf beiden Seiten so groß, »dass ein gemeinsames Leben, überhaupt nicht realistisch ist in der politischen Realität des Nahen Ostens«. Chancen einer Kooperation sehe er nur dann, wenn zwischen dem Staat Palästina und dem Staat Israel tatsächlich Frieden herrschen würde. Wie schon jetzt in Israel rund 1,5 Millionen Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft lebten, könnten dann theoretisch auch Juden mit palästinensischer Staatsbürgerschaft in Palästina leben.

Bischof Azar argumentierte dagegen, dass kein Volk auf Dauer ausgegrenzt und hinter Mauern

leben könne. Die Wut würde so langsam wachsen. Ohne eine Hoffnungsperspektive seien wieder Aufstände zu befürchten. Nicht weil sie einen Aufstand machen wollten, »sondern weil sie unzufrieden sind mit dem Leben«. Die jetzige Situation in den palästinensischen Gebieten biete keine friedliche Zukunft für die Menschen. Azar hielt allerdings zuversichtlich daran fest, dass Israelis und Palästinenser die Hoffnung nicht aufgeben dürften, einen Friedensvertrag zu finden. Viele Menschen, ob Juden, Christen oder Muslime träumten von einem Zusammenleben und Frieden.

Auch Schneider hält dauernde Unzufriedenheit für gefährlich. Gleichwohl verglich er eine dritte Intifada mit dem Gaza-Krieg. Damit wäre nichts gelöst. »Ganz im Gegenteil.« Er befürchte, dass die israelische Armee dann bei jedem getöteten Soldaten mit noch größerer Brutalität zurückschlagen würde. Die Gesamtsituation sei für Israelis und Palästinenser auf Dauer so nicht tragbar. Im Nahen Osten lerne man mit ungelösten Situationen zu leben, weil man gar keine andere Wahl habe. Die Geschichte lehre, dass plötzlich doch etwas passieren könne, sagte der Journalist und spielte auf den Mauerfall 1989 in Deutschland an.

Schneider beklagte, dass politisch nicht wirklich an einer Konfliktlösung gearbeitet werde. Die Rolle der Europäer sieht er ganz schwach: »Wir spielen in der Weltpolitik und im Nahen Osten keine Rolle.« Die Europäische Union (EU) nannte er einen zahnlosen Papiertiger, »der überhaupt keine Bedeutung hat, der auch nichts erreichen kann, der nichts vermitteln kann«. Den Politikern in Europa warf er vor, nur Lippenbekenntnisse abzugeben. Auch die Araber seien nicht an einer Lösung interessiert.

Aus dem Publikum wollte jemand wissen, welche Bedeutung das Nationalstaatsgesetz in Israel habe. Schneider bezeichnete es als ein absurdes und unnötiges Gesetz, weil alles auch schon in der Unabhängigkeitserklärung Israels stehe. Als einzigen Unterschied dazu erkläre das Nationalstaatsgesetz ausdrücklich, dass von Staats wegen jegliche Anstrengung einer jüdischen, nationalen Identität und Kulturschaffung als einzige gefördert werde. Dies sei in der Unabhängigkeitserklärung von 1948 so nicht verankert. »Da ist verankert, dass alle Bürger des Staates Israel gleich sind. Das neue Nationalstaatsgesetz setzt das auch nicht außer Kraft. De jure hat sich nichts verändert für die Minderheiten in Israel«, erklärte Schneider.

Das Nationalstaatsgesetz betone auf Betreiben der Rechten in Israel, dass Israel die jüdische Heimat-

stätte ist. Es richte sich dagegen, von einem Staat zu träumen, wo alle Menschen in Frieden leben, was de facto die Auflösung des jüdischen Staates in Israel bedeute. Problematisch an dem Gesetz sei, wenn der Staat nur jüdische Nationalbestrebungen und Kulturentwicklungen fördere, dass damit die Annexion des Westjordanlands vorbereitet werde. Sollte es dazu kommen und es eine palästinensische Mehrheit geben, würde dieses Nationalstaatgesetz de facto die Apartheid gesetzlich unterstreichen. Das sei »das Fatale« daran.

Die Frage aus dem Publikum, ob Friedens- und Versöhnungsbemühungen irgendeinen Einfluss hätten, verneinte Schneider mit klaren Worten, nämlich »dass sie keinen haben.« Zugleich berichtete er von großen Problemen, weil mehrere Generationen aufgewachsen seien, die nichts von der anderen Seite wüssten. Die Palästinenser würden als Israelis nur Soldaten und Siedler kennen. Und Israelis würden arabische Israelis in Israel kennen, »aber ansonsten kennen sie den Palästinenser nur als Terroristen und auch nicht anders.« Durch fehlendes Wissen voneinander würden die jeweiligen Vorurteile immer größer.

Die Arbeit von Organisationen, die sich bemühen, beiden Seiten zusammenzubringen und Wissen zu vermitteln, sei daher extrem wichtig. Sie würden dabei helfen, eine menschliche Perspektive zu bekommen. »Etwas bleibt hängen«, zeigte sich Schneider überzeugt, der eine Geschichte aus

dem letzten Gaza-Krieg erzählt hatte. Er hatte erlebt, wie in der israelischen Kleinstadt Sderot ein Mann jeden Abend auf Arabisch telefonierte. Er sprach mit seinem Freund in Gaza und warnte ihn vor neuen israelischen Angriffen. Beide kannten sich seit 25 Jahren, hatten zusammengearbeitet – ihre Freundschaft hielt durch, auch als sie sich nicht mehr sehen konnten. Diese Freundschaft über Grenzen hinweg habe deswegen weiter bestanden, weil sie sich von früher kannten und sich mochten. Der Mann aus Sderot habe versucht, den anderen in einer schwierigen Situation zu helfen.

Auch Bischof Azar beschrieb aus eigener Erfahrung, wie Israelis und Palästinenser zueinander finden könnten. Seine Tochter, die damals die achte Schulklasse besuchte, wollte an einem gemeinsamen Projekt von Christen, Muslimen und Juden teilnehmen. Er habe ihr dazu geraten, es zunächst für ein paar Tage auszuprobieren. Nach einer Woche habe sie berichtet, dass die Jugendlichen alle nett und die israelischen Jungs »so lieb« seien. Dieser Kontakt habe so lange gehalten, bis die israelischen Freunde zum Militär gehen mussten. Danach sei die Verbindung abgebrochen. Obwohl die Politik zwischenmenschliche Beziehungen beeinflussen könne, gab sich Azar hoffnungsvoll, »dass wir auch einen Weg zueinander als Staat finden zu können«. **D**

»Das gelobte Land« – ein Beitrag aus palästinensisch-christlicher Perspektive

Von Bischof Sani Ibrahim Azar, Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land, Jerusalem

Haus Landeskirchlicher Dienste, 1. Dezember 2018

Gnade und Frieden für euch von Gott, unserem Vater, und dem Herrn Jesus Christus. Amen.

Vielen Dank für diese Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie wir die Bibel lesen und interpretieren, aus meiner Sicht als arabisch-palästinensischer christlicher Bischof. Ich glaube, dies sind kritische Themen; ökumenische, interreligiöse und kulturelle Spaltungen, die wir gemeinsam diskutieren sollten, während wir weiter auf Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung für alle Menschen im Heiligen Land hinarbeiten.

Als palästinensischer Christ erwarte ich, dass sowohl das Alte als auch das Neue Testament meinen Glauben informieren. Diese beiden Teile der Bibel sind gleichermaßen wichtig, denn unser Leben mit Gott begann nicht mit Jesus, sondern mit der Schöpfung. Aus diesem Grund sind die Propheten und die Psalmen für meine Beziehung zu Gott genauso wichtig wie die Evangelien und die Briefe des Paulus. Wir wissen, dass auch unser Bruder Martin Luther daran geglaubt hat, denn er hat die schwierige Aufgabe übernommen, sowohl das Alte als auch das Neue Testament mit den griechischen und hebräischen Originaltexten ins Deutsche zu übersetzen.

In diesem Zusammenhang muss ich anerkennen, dass viele palästinensische Christen seit 1948 ein kompliziertes Verhältnis zu den alttestamentlichen Schriften haben. Es besteht der Eindruck, dass die hebräischen Schriften die Rechtfertigung für die Gründung des modernen Staates Israel bilden und daher mit dem verbunden sind, was wir Palästinenser die Nakba nennen - vielleicht haben sie uns nichts zu bieten. Dies ist ein verständliches, aber bedauerliches Ergebnis des anhaltenden Konflikts zwischen Israel und Palästina. Tatsache ist, dass sich die Christen in Palästina heute von den alttestamentlichen Schriften oft sowohl verletzt als auch bedroht fühlen.

Ich bin dankbar, dass ich während meines theologischen Studiums hier in Deutschland eine andere Perspektive gewonnen habe. Hier lernte ich

die Wurzeln meines christlichen Glaubens kennen und lernte die Schönheit und Bedeutung der hebräischen Schriften kennen. Als ich nach Hause nach Jerusalem zurückkehrte, war eines meiner Ziele im Dienst als junger Pastor, diese Einstellung zum Alten Testament in meiner Gemeinde irgendwie zu konfrontieren und zu verändern. Natürlich ist es nicht einfach, die Art und Weise zu ändern, wie jemand die Heilige Schrift liest! Das war keine leichte Aufgabe für einen neu gewählten Pastor!

Ich erinnere mich an einen Sonntag im Gottesdienst, an dem wir eine Lesung aus Matthäus Kapitel 5, der Bergpredigt, hörten, in der Jesus sagt:

„Ihr habt gehört, dass es hieß: »Du sollst deinen Nächsten lieben und deinen Feind hassen.« Aber ich sage euch: Liebt eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen, damit ihr Kinder eures Vaters im Himmel werdet.«

Nach der Kirche kam eine Frau zu mir und sagte: »Pastor, ich kann danach einfach kein Amen mehr sagen. Mein Bruder wurde von den Israelis getötet. Sie sind mein Feind! Wie kann ich für sie beten?«

Sehr oft hatte ich das gleiche Gespräch mit der Jugend der Kirche. Sie fragten mich: »Pastor, glauben Sie wirklich, dass wir unsere Feinde lieben sollten? Liebst du die Israelis?« Sie konnten nicht glauben, dass es möglich war. Sie kämpften auch mit Lehren wie Jesu Befehl, »die andere Wange zu halten«. Junge Männer sagten mir: »Pastor, ich war im Gefängnis und wurde viele Male von den Wachen geschlagen. Soll ich mich von ihnen schlagen lassen? Habe ich nicht das Recht, mich zu wehren?«

Ich selbst habe damit gekämpft, wie man solche Fragen beantworten kann. Ich war noch nie in dieser Situation. Ich war noch nie im Gefängnis und wurde noch nie geschlagen. Wenn du so etwas noch nie erlebt hast, wie kannst du dann sagen, was du tun würdest? Das war eine ziemliche Herausforderung für mich als junger Pastor. Dennoch war meine Antwort an sie immer die gleiche: dass wir Nachfolger Jesu sind, und des-

halb werden wir weiterhin lehren, predigen und die Liebe leben.

Das Evangelium von Jesus Christus ist immer eine Herausforderung, nicht nur zu verstehen, sondern zu leben. Das gilt in jedem Zusammenhang. Aber wie ich bereits erwähnt habe, wirft das Lesen des Alten Testaments aus dem Kontext der Besetzung andere Herausforderungen für die unter Besatzung lebenden Palästinenser auf. In unseren Kirchenbibelstudien, wenn wir lesen würden, dass Israel von Gott auserwählt ist, würde die Frage immer von meinen Kirchenmitgliedern gestellt: »So liebt Gott uns auch, oder liebt Gott nur das jüdische Volk? Liebt Gott wirklich einige Menschen mehr als andere?« Interessanterweise stellten einige junge Palästinenser sogar die Frage: »Warum hat Gott weiße Menschen gewählt?« Ich würde ihnen immer versichern, dass Gott alle Menschen liebt; dass Gott nicht nur die Israelis, sondern auch uns geschaffen hat.

Natürlich sind wir nicht die einzigen Menschen, die das Gefühl haben, dass die Bibel als Waffe gegen uns benutzt wurde. Die Heilige Schrift wurde oft benutzt, um andere zu missbrauchen und zu unterdrücken. Dies gilt sicherlich auch für das Neue Testament, das von den Christen benutzt wurde, um das jüdische Volk zu töten, die Sklaverei zu rechtfertigen und Frauen zu unterdrücken - und andere Schrecken.

Es ist immer eine Sünde, die Bibel so zu benutzen. Das Wort Gottes sollte niemals für politische Zwecke oder zur Festlegung der Politik in einem Land verwendet werden. Es hat zwar viel darüber zu sagen, wie wir heute leben, aber es ist keine Zeitung und sollte nicht als Kommentar zur aktuellen Politik gelesen werden. Dies ist besonders wichtig in Bezug auf Jerusalem, da wir oft Ausländer (vor allem christliche Zionisten) haben, die ihre falschen Interpretationen der Schrift in unsere Stadt bringen.

Diese apokalyptischen Christen wissen wirklich nicht, was sie mit uns machen sollen. Sie sehen uns als Araber und Außenseiter und betrachten nur das jüdische Volk als das Volk Gottes. Das ist für uns als palästinensische Christen sehr verwirrend, da wir glauben, dass wir durch unsere Taufen und durch unseren gemeinsamen Glauben an Jesus Christus mit allen Christen verbunden sein sollten. Diese Menschen bekennen sich zur Liebe zu Jerusalem, zur Liebe zur Bibel und zur Liebe zum jüdischen Volk, aber ihre apokalyptische Theologie ist falsch und hat nichts mit der Realität zu tun. Tatsächlich erschweren sie unser Le-

ben viel mehr, zumal sie die Bibel als Handbuch zur Bestimmung ihrer politischen Ansichten zu verwenden scheinen.

Als Bischof der Kirche möchte ich klarstellen, dass ich glaube, dass die Bibel ein geistliches Buch ist, kein politisches. Die Bibel wurde uns nicht gegeben, um unsere eigenen Ideen zu bestätigen, sondern um uns zu verwandeln und uns in unserem Leben und unserer Beziehung zu Gott zu helfen.

Es ist wahr, dass viele zeitgenössische Theologen (und auch einige meiner Kollegen) sich dafür entscheiden, die Schrift aus ihrem persönlichen Kontext heraus streng zu interpretieren. Eine kontextbezogene Lesung der Schrift kann zwar nützlich sein, aber auch zu problematischen Interpretationen führen. Wann immer unsere kontextuellen Schriftlesungen uns auf den Weg des Antisemitismus, der Islamophobie, der Fremdenfeindlichkeit oder des Sexismus führen, müssen wir unsere Bemühungen überdenken. Jede Schriftlesung, die uns von Liebe, Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung wegführt, ist falsch und muss verleugnet werden.

Die Bibel hat uns viel zu lehren, aber natürlich müssen wir sie auf die richtige Weise angehen. Prediger und Theologen sind oft die schlimmsten Straftäter, wenn es darum geht, die Bibel zum Sprechen zu benutzen, anstatt sie zu uns sprechen zu lassen. Wir lesen sehr oft die Schrift und fragen nur: »Wie kann ich dich predigen?« Stattdessen sollten wir zuerst die Schrift fragen: »Wie kannst du mir predigen?« Unser evangelischer Bruder Dietrich Bonhoeffer hat es so formuliert:

»Man kann die Bibel nicht einfach so lesen, wie man andere Bücher liest. Man muss bereit sein, es wirklich in Frage zu stellen. Erst dann öffnet es sich von selbst. Erst wenn wir auf die endgültige Antwort aus der Bibel warten, wird sie uns gegeben. Denn in der Bibel ist es Gott, der zu uns spricht. Und wir können nicht einfach unsere eigenen Schlüsse über Gott ziehen, sondern müssen ihn fragen. Er wird uns nur antworten, wenn wir nach ihm suchen.«

(Dieser Auszug stammt aus einem Brief, den Bonhoeffer vom 8. April 1936 an Dr. Rudiger Schleicher, Bonhoeffers Schwager, geschrieben hat. Originalquelle ist das Gesamtwerk von Bonhoeffer, Gesammelte Schriften, III, 26-31, Chr. Kaiser Verlag, München.)

In Jerusalem leben Christen neben zwei anderen Hauptreligionen. Und diese Religionen konzentrieren sich oft sehr auf den Rückblick und stellen die Frage: »Wie ist das vor vielen Jahren geschehen? Wie können wir unsere Traditionen bewahren?« Man könnte sagen, dass Christen das Gleiche tun. Aber eigentlich sollten Christen immer in die Zukunft schauen. Wir glauben, dass die Bibel ein lebendiges Wort ist, was bedeutet, dass sie immer wieder auf neue Weise zu uns spricht. Die Bibel zwingt uns, nach vorne zu schauen, und lehrt uns neue Wege, um mit unseren Nachbarn zusammenzuleben.

Ich habe die Bibel als lebendiges Wort erlebt, als ich als junger Student im lutherischen Internat in Beit Jala lebte. Damals gab es viele Probleme im Land, und die Jugendlichen fühlten sich ziemlich wütend. Eines Abends nach der Schule, als wir uns zu abendlichen Andachten versammelten, lud uns mein Vater (der damals der Hausvater war) ein, das Vaterunser zu beten. Wir beteten die Worte »Vergib uns unsere Sünden, wie wir auch denen vergeben, die gegen uns sündigen« und plötzlich schrie mein Vater uns an »STOP!« Wir hörten alle auf zu beten und sahen ihn an. Wir haben uns gefragt, was das Problem sein könnte!

Dann fragte er uns: »Glaubst du den Worten, die du betest? Ich sehe, dass du sehr wütend bist. Bist du bereit, denen zu vergeben, die dich verletzt haben?«

Dies war der Beginn einer sehr guten Diskussion, und auf diese Weise wurden diese Worte in uns zu einem lebendigen Wort. Sie haben sich in uns verwurzelt und begonnen, in unseren Herzen zu wachsen. Und das ist das Geschenk der Bibel: Es ist nicht nur ein Geschichtsbuch. Es ist nicht nur ein Bilderbuch. Aber wie Martin Luther sagte, ist es die Wiege, in die das Jesuskind gelegt wird. Jedes Mal, wenn wir die Bibel lesen, lernen wir Christus tiefer kennen, und wenn wir uns verpflichten zu folgen, wird unser Leben verändert.

Mein Gebet ist, dass sich die Christen in unserer Kirche - und überall - erneut zum Lesen der Bibel verpflichten werden, denn so wird nicht nur unser Leben, sondern immer auch die Welt verändert.

Möge der Friede Gottes, der durch alles Verständnis geht, eure Herzen und Gedanken in Christus Jesus bewahren. Amen.



»Das gelobte Land« – ein Beitrag aus der Perspektive des jüdisch-christlichen Dialogs

Von Pfarrer Dr. Stefan Meißner, Vorsitzender des Arbeitskreises Kirche und Judentum der Evangelischen Kirche der Pfalz, Minfeld



Der Vorsitzende des Arbeitskreises Kirche und Judentum, Stefan Meißner, bei seinem Vortrag im Haus Landeskirchlicher Dienste

© Dirk Johnen/MÖWe

**Haus Landeskirchlicher Dienste,
1. Dezember 2018**

I. Das gelobte Land in der Bibel

1. Die Berufung Abrahams

Das gelobte Land spielt in der Bibel zum ersten Mal eine Rolle bei der Berufung Abrahams in 1. Mose 12. Da fordert Gott den Erzvater auf, aufzubrechen in »ein Land, das ich Dir zeigen werde«. Man fragt sich unwillkürlich: Woher weiß Abraham eigentlich, wohin er gehen soll? Im hebräischen Urtext steht *ha-aretz* - das Land also, determiniert mit Artikel. Das ist natürlich nicht *irgendein* Land, sondern das kann nur Israel sein. Das jedenfalls sagt ein Midrasch zur Stelle.

Damit der Erzvater sich auch ja nicht verläuft, wird das Ziel dann ein paar Verse später (V.5)

namentlich benannt als Kanaan. Diese Gegend umfasste damals das Gebiet zwischen dem Jordan im Osten und Phönizien, den Küstenebenen am Mittelmeer, im Westen. Tel Aviv und Haifa, zwei der drei größten Städte des heutigen Israel, hätten nach damaliger Logik nicht zu dem Abraham »gelobten Land« gehört. In 12,7 dann lässt Gott durchblicken, wem die Verheißung eigentlich gilt: »Deinen *Nachkommen* will ich dieses Land geben«. Das bedeutet indirekt auch: Abraham selbst wird es offensichtlich noch nicht besitzen.

Im Laufe der Vätergeschichten wird die Landverheißung immer wieder aufgegriffen, bestätigt und präzisiert: 1. Mose 13 etwa sagt Gott zu Abraham: »*All* das Land, das du siehst, will ich dir und deinen Nachkommen geben für alle Zeit.« Ganz ähnlich dann nach seiner Beschneidung in Kap. 17 wird ihm »... das *ganze* Land Kanaan« versprochen, »zu *ewigem Besitz*«. Diese

Zusagen werden später gegenüber Isaak (1. Mose 26,25) und Jakob (1. Mose 28,13-15; 35,9-12) immer wieder erneuert.

2. Die Anfänge Israels

Doch schon diese wenigen Stellen zeigen *interessante Brechungen*: Man kann hier Beobachtungen machen, die den biblischen Befund differenzierter erscheinen lassen, als das auf den ersten Blick den Anschein hat. Zum einen ist schon richtig: Den Vätern und Müttern Israels ist das Land verheißen, und zwar das *ganze* Land. Klar ist aber auch: Die Anfänge der Abrahamsippe liegen nicht im Land, sondern in Ur in Chaldäa, und das liegt im Zweistromland, im heutigen Irak. Dazu passt auch die Aussage im 5. Buch Mose 26,5a, die G.v.Rad zum sogenannten »kleinen geschichtlichen Credo« zählte: »Ein umherirrender Aramäer war mein Vater«. Aramäer nennt man die Angehörigen einer semitischen Völkergruppe, die seit der ausgehenden Bronzezeit in der Levante und in Nordmesopotamien heimisch war.

Die Anfänge der Abrahamsippe liegen im heutigen Irak und die Anfänge des Volkes Israel liegen in Ägypten. Darauf hat schon vor Jahrzehnten der orthodoxe Naturwissenschaftler und Religionsphilosoph Yeshayahu Leibowitz aufmerksam gemacht. Immer wieder warnte er Israel davor, das Land als »heilig« zu verklären, wo doch die Wurzeln des Landes außerhalb des Landes liegen. Das Judentum als Religion hängt offensichtlich nicht notwendigerweise an dieser Größe. Seine Wurzeln liegen anderswo.

Noch etwas sollte uns auffallen: Die Väter lebten als »Fremdlinge« (hebr.: *gerim*) im Land. Das heißt, sie sind von der autochthonen Bevölkerung Geduldet und schließen Verträge mit ihr, damit sie dort unbehelligt wohnen können. An diese Vergangenheit wird das Volk später immer wieder erinnert, wenn es um einen humanen Umgang mit Fremden geht: »Denkt daran: auch Ihr wart einmal Fremde!« Dieses Detail scheint mir für gegenwärtige Debatten besonders interessant zu sein.

3. »Landnahme« und JHWH-Kriege

Im sog. Deuteronomistisches Geschichtswerk (Jos – 2. Kön) finden sich Überlieferungen, deren gewaltverherrlichende Passagen einem Christen heute eigentlich die Schamesröte ins Gesicht treiben müssten. Einige der problematischen Texte handeln von der sog. »Landnahme« Israels nach dem Auszug aus Ägypten. So heißt es im 5.

Buch Mose: »Wenn dich der HERR, dein Gott, ins Land bringt, in das du kommen wirst, es einzunehmen und er ausrottet viele Völker vor dir her (...), die größer und stärker sind als du, und wenn sie der HERR, dein Gott, vor dir dahingibt, dass du sie schlägst, so sollst du an ihnen den Bann vollstrecken. Du sollst keinen Bund mit ihnen schließen und keine Gnade gegen sie üben« (7,1 f.). Das scheint Wasser zu sein auf die Mühlen von religiösen Extremisten. Nur Fanatiker würden heute noch Ernst machen mit solchen Anweisungen. Bestätigt sich hier nun doch das Klischee von dem alttestamentarischen Rachegott?

Doch auch hier lassen sich gegenläufige Tendenzen beobachten. Zum einen wird in Jos 6 deutlich: Die Eroberung Jerichos wird nicht durch die Belagerungswaffen der Menschen, sondern durch die Macht der Musik und des Gebets ermöglicht. *Gott* ist das Subjekt der Eroberung, nicht das Volk. Zum anderen zeigt Jos 7, dass diese Kriege nicht geführt werden dürfen, um sich einen persönlichen Vorteil zu verschaffen. Achan will sich an der eroberten Beute bereichern und wird zur Strafe gesteinigt. Das gegebene Land ist kein Selbstbedienungsladen.

Eine weitere interessante Brechung ist die Tatsache, dass diese Traditionen eines Heiligen Krieges mit all seinen grausamen Details damals offensichtlich *gemeinorientalisch* gewesen sind. Sie finden sich in Assur und Ägypten, aber auch in Moab. Hier kann man auf der sog. *Meschastetele* (um 840) nachlesen: »Und Kamosch sprach zu mir: Zieh aus, nimm Nebo von Israel! Da ging ich bei Nacht und kämpfte gegen sie ... Ich nahm sie ein und tötete alles: 7000 Männer, Frauen, Mädchen und Sklavinnen, weil ich sie Aschtar-Kamosch gebannt hatte.«

Die neuere Geschichtsschreibung hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass die Praxis des Heiligen Krieges historisch so gar nicht verifizierbar ist: Es gab »keine Posaunen vor Jericho« in der Spätbronzezeit (1300–800 v. Chr.).¹ In der Zeit, als Josua angeblich die Stadt einnahm, lag diese schon längst in Schutt und Asche. Eine Landnahme mit Pauken und Trompeten, wie das Deuteronomistische Geschichtswerk sie beschreibt, scheint eher dem Wunsch nach alter Stärke entsprungen zu sein. Man muss sich klar machen: Die Texte stammen aus einer Zeit, in der Israel von den Babyloniern besetzt ist. Dann bekommen Sätze wie der folgende einen ganz anderen Klang: »Darum sollt ihr das Land nicht verkaufen für immer; denn das Land ist mein, und ihr seid Fremdlinge und Beisassen bei mir«

(3. Mose 25,23). Noch immer sind die Israeliten wie einst Abraham nur Fremde im eigenen Land. Das Land ist nur eine Leihgabe Gottes (*nachala*). Eigentlich müsste man von »Landgabe« statt von »Landnahme« sprechen.

4. Exil als Strafe für Vielgötterei

Als Israel die Herrschaft über das Land verlor, deutete es das als Strafe für seine Sünden, insbesondere für die Vielgötterei, einen Verstoß gegen das erste Gebot.

»Und im neunten Jahr Hoscheas«, so heißt es im zweiten Buch der Könige, »eroberte der König von Assyrien Samaria und führte Israel weg nach Assyrien (...) Denn die Israeliten hatten gegen den HERRN, ihren Gott, gesündigt (...) Und die Israeliten (...) trieben böse Dinge, womit sie den HERRN erzürnten, und dienten den Götzen, von denen der HERR zu ihnen gesagt hatte: Das sollt ihr nicht tun!« (2. Kön 17,6 ff.). Der historische Kontext hier ist die Eroberung des Nordreichs durch die Assyrer (722 v. Chr.), bei der die gesamte Oberschicht deportiert wurde. Ihre Spuren verlieren sich recht bald in der Diaspora.

Ganz ähnliche Deutungen des Exils als Strafe finden sich gegen Ende des zweiten Königsbuches dann im Blick auf die Deportation der Juden aus dem Südreich Juda nach Babylonien (587 v. Chr.). Immer wieder hat die Kirche den Juden Überlieferungen wie diese vor die Nase gehalten, um ihnen klar zu machen, warum sie keine Heimat mehr haben und keinen Staat: Ihr Ungehorsam gegenüber Gott sei daran schuld. Es ist absurd: Christen instrumentalisieren ein jüdisches Sündenbekenntnis aus der hebräischen Bibel, um den Juden ihre Unterlegenheit zu demonstrieren.

5. Die Rückkehr erster Exilanten aus Babylonien

Bei den Propheten aber wendet sich dann das Blatt. Die Strafe ist abgegolten. Nach dem sog. Kyrus-Edikt (538 v. Chr.) dürfen die jüdischen Exilanten wieder heimkehren. Eine Heimkehr, die die Bibel als neuen Exodus inszeniert. So heißt es bei Deuteriojesaja: »Denn der Herr hat Erbarmen mit Zion, hat Erbarmen mit all ihren Trümmern, ihre Wüste macht er zum Paradies und ihre Steppe gleich dem Garten des Herrn. (...) Und die Befreiten des Herrn werden heimkehren und nach Zion kommen mit Jauchzen, ewige Freude über ihrem Haupte« (Jes 35,8-10). Auffällig ist hier die vermutlich nicht unbeabsichtigte Zweideutigkeit des hebräischen Wortes

schuv: es steht sowohl für »Heimkehr«, aber auch für »Umkehr« in moralischem Sinn. Beides hängt eng miteinander zusammen.

6. Vision einer Völkerwallfahrt zum Zion

Nicht nur die Juden pilgern nach Jerusalem, zum Nabel der Welt, sondern auch die Heiden. Das jedenfalls ist die Erwartung vieler Propheten. Zogen sie früher dort hin, um die Stadt zu belagern und einzunehmen, findet jetzt eine »Völkerwallfahrt zum Zion« statt, um dort den Willen den Herrn zu hören: »Es wird zur letzten Zeit der Berg, da des HERRN Haus ist, fest stehen, (...) und alle Heiden werden herzulaufen, (...) Denn von Zion wird Weisung [= Tora] ausgehen und des HERRN Wort von Jerusalem« (Jes 2,2 f.).

Im Neuen Testament werden diese endzeitlichen Texte dann aufgegriffen, etwa in der Weihnachtsgeschichte, wo die drei Weisen aus dem Morgenland dem jüdischen Messias Geschenke bringen und ihm huldigen (Mt 2,11). Auch der Apostel Paulus schöpft aus diesem Fundus (Jes 59,20), wenn er zur Rechtfertigung seiner Heidenmission verkündet: »Es wird kommen aus Zion der Erlöser« (Röm 11,26). In seiner alttestamentlichen Vorlage ist freilich Gott selbst der Erlöser, während im Römerbrief wohl der wiederkommende Christus gemeint ist.

7. Jüdisches Leben in der Diaspora

Wir sollten übrigens im Blick behalten, dass bei weitem nicht alle Juden von der Möglichkeit Gebrauch machten, nach Judäa zurückzukehren. Viele waren offensichtlich zufrieden mit ihrer neuen Heimat und blieben in Babylonien.

Hier zeigt sich eine spannende Ambivalenz, die mit dem Thema Exil verbunden ist:

Erzwungene Migration kann Resignation bedeuten oder auch Assimilation: Erstere klingt in dem folgenden Psalmvers an: »Wie könnten wir des Herren Lied singen auf fremder Erde?« (Ps. 137,4). Andererseits kann das Exil ein Volk bzw. eine Religion auch bereichern. Diesen Aspekt hat D. Boyarin in seinem Buch »A Travelling Homeland« (2015) herausgearbeitet: Kulturelle Identität kann gerade durch Migration wachsen. Und tatsächlich entsteht ja in Babylonien Jahrhunderte später der Talmud, die große normative Schrift des Judentums neben dem Tenach.

8. Jahrhunderte unter Fremdherrschaft

Jahrhunderte lang lebten die Juden unter der Fremdherrschaft anderer Völker: Nach den Babyloniern folgten die Perser, dann die Griechen, schließlich die Römer. Was relativ unbekannt ist, wahrscheinlich weil es im Kanon unserer Lutherbibel nicht mehr berichtet wird: Es gibt im ersten und zweiten vorchristlichen Jahrhundert noch einmal einen unabhängigen jüdischen Staat, der gar nicht mal so klein war. Judas Makkabäus opponiert erfolgreich gegen die seleukidischen Unterdrücker und begründet eine Dynastie, die bis zur Eroberung Judäas durch die Römer im Jahr 63 v. Chr. Bestand hat. Danach gibt es bis 1948 kein jüdisches Gemeinwesen mehr, das politisch unabhängig gewesen wäre. Das heißt nicht, dass es keine Juden mehr im gelobten Land gegeben hätte. Gerade in Jerusalem, aber auch an anderen Orten gibt es eine Kontinuität jüdischen Lebens von der Antike bis heute.

9. Das Neue Testament

Die zentrale Botschaft des Neuen Testaments lautet: Gott wurde Mensch. Oder formulieren wir es deutlicher: Gott wurde *Jude*. Als Jesus von Nazareth wurde er im Land geboren. Er lebte und wirkte in Galiläa, Judäa und Jerusalem. Das NT besitzt zwar keine explizite Theologie des Landes wie die hebräische Bibel, aber der geographische Kontext ist implizit immer vorausgesetzt: Jerusalem und der Tempel sind die geistliche Mitte des Volkes Gottes. Besonders evident ist das beim lukanischen Doppelwerk, dessen heilgeschichtliche Topografie zu Beginn der Apg deutlich wird: »Ihr werdet meine Zeugen sein in Jerusalem und in ganz Judäa und Samarien und bis an die Grenzen der Erde.« (Apg 1,8).

Apropos »Erde«: Nicht immer ist klar, ob im NT vom Land Israel oder von der Erde die Rede ist. Das griech. Wort »ge« ist schillernd. Kleines Beispiel: In Mt 5,5 heißt in der Einheitsübersetzung: »Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Land erben«. Luther hingegen übersetzt hier: »das Erdreich besitzen«. Damit universalisiert er die Landverheißung an die Väter. Etwas was sich im Christentum bis heute größter Beliebtheit erfreut, wie wir noch sehen werden.

Ein weiteres Instrument, mit dem die Christen den Juden das Land abspenstig machen wollten, ist die paulinische Unterscheidung von Fleisch und Geist. Indem man wie in Röm 7 den Geist als dem Fleisch (und damit allem Materiellem) überlegen propagiert, relativiert man auch die

Bedeutung des gelobten Landes. Dieser Tendenz zur Spiritualisierung scheint die Tatsache zu widersprechen, dass sich der Apostel unermüdlich für eine Kollekte für die Jerusalemer Urgemeinde warb. Zeigt sich hier eine letzte Bindung des Diasporajuden Paulus an die Hauptstadt Israels? Dass Jerusalem für ihn auch heilsgeschichtlich keine Größe der Vergangenheit ist, haben wir vorhin schon gehört: Der Erlöser kommt für den Apostel vom Zion. Hier bleibt er ganz in der Tradition der hebräischen Bibel.

In den Generationen nach Paulus geht die Tendenz zur Vergeistigung unaufhaltsam weiter:

Im Hebr 11,16 heißt es von den Erzvätern: »Nun aber streben sie nach einer besseren Heimat, nämlich der himmlischen.« Je abstrakter, desto besser. Ganz ähnlich betont auch der Autor der Johannes-Offenbarung die Hoffnung auf ein neues, ein »himmlisches Jerusalem« (Off 21). Im Schrifttum der ersten Christen lässt sich beobachten: Je größer der Einfluss der Heidenchristen wird, desto mehr droht der Bezug zum Land Israel verloren zu gehen.

10. Zwischenbilanz

- In der hebräischen Bibel ist das Thema »Land« durchgehend präsent. Es steht stellvertretend für das von Gott verheißene Heil für sein Volk und ermöglicht ein Leben in Frieden, Sicherheit und Wohlstand.
- Das Land ist kein Besitz, sondern eine Leihgabe Gottes. Über die Grenzen des Landes gibt es in der Bibel keine eindeutigen Aussagen. Es ist fraglich, ob solche Angaben für die heutige Debatte überhaupt hilfreich wären.
- Die anderen Völker des Landes (»Fremdlinge«) müssen geachtet und respektiert werden, denn man war selbst einmal Fremdling dort. Es fragt sich, wie man das in Einklang bringen soll mit der Tradition der Jahwe-Kriege, über die wir auch sprachen.
- Im NT bleibt Israel bzw. Jerusalem das heilsgeschichtliche Zentrum nicht nur des jüdischen Volkes, sondern auch für die Völker. Das jedenfalls betonte der Heidenapostel Paulus, auch wenn es Tendenzen zu einer Spiritualisierung des Landes bzw. der Stadt gab, an der der Apostel nicht ganz unschuldig war.

II. Israel und die Kirchen

1. Offizielle Verlautbarungen

Der Weltkirchenrat in Amsterdam bezeichnete 1948 die Schaffung des Staates Israel als eine »neue, politische Dimension«. ² Das ist nicht nur positiv gemeint, denn mit dieser neuen Dimension verkomplizierte sich angeblich auch das Antisemitismusproblem. Das ist Jammern auch hohem Niveau, wie ich finde, drei Jahre nach der Befreiung von Auschwitz. Diese Zurückhaltung gegenüber Israel gibt es in der Ökumenischen Bewegung bis heute.

Es war nicht zuletzt der ÖRK, der das in mancherlei Hinsicht problematische Kairos-Papier zu verbreiten mithalf. ³ Auch seine jungen Volontäre, die über das Austausch-Programm EAPPI das Land besuchen, verbreiten zuweilen Berichte, die man als antiisraelische Propaganda bezeichnen muss. ⁴ Differenziertere Einblicke in die hochkomplexe Gesellschaft des Judenstaats und dessen Geschichte ermöglicht eher die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF). Diese Organisation wurde im Jahr 1958 gegründet als Ausdruck der notwendigen Umkehr des deutschen Protestantismus nach der Shoa. ⁵

Im Jahr 1975 wirbt die EKD-Studie »Christen und Juden« für »ein gesichertes Leben in einem eigenen Staat«. ⁶ Auch hier zeigt sich das langsame Umdenken in Blick auf Israel, das seine bis heute wichtigsten Früchte trug im Synodalbeschluss der evangelischen Kirche im Rheinland. Dieser deutet im Jahr 1980 erstmals die Staatsgründung Israels auch theologisch und bekennt, »dass die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind.« ⁷ Der Begriff »Zeichen« zeigt schon dass es hier um eine Glaubensaussage geht, ein Bekenntnis. Dieses ist vielleicht nicht allgemein evident, erhebt aber doch den Anspruch, auf der Linie des biblischen Gottes bzw. des biblischen Geschichtsbildes zu liegen. Bei dem Wort »Treue« klingt das Bekenntnis zur bleibenden Erwählung des jüdischen Volkes an - trotz dessen Ablehnung der Messianität Jesu. Damit wird endlich die negative Geschichtstheologie überwunden, wie sie etwa Luther vertrat, die den Verlust des Landes als Strafe Gottes für den Unglauben der Juden ansah. ⁸

Die Schlüsselbegriffe offizieller Verlautbarungen der EKD sind in der Folgezeit immer wieder:

- Frieden stiften
- Verantwortung
- (doppelte oder kritische) Solidarität

Es fehlt nicht an behelrenden Tendenzen gegenüber Israel:

- Es soll auf territoriale Ansprüche verzichten.
- Das Land sei nur eine Leihgabe Gottes.
- Diese sei gebunden an die Bewahrung des Bundes (z.B. EMOK- Stellungnahme 1985).

Freilich wird seitens der EKD endlich auch die Verbundenheit mit dem Staat Israel als Zentrum jüdischer Identität und Zufluchtsort für Juden aus aller Welt bekundet.

In »Christen und Juden II« (1991) wird die Verbindung von Volk und Land als für das Judentum unabdingbar bezeichnet.

In der EKD Studie III (2000) schließlich grenzt man endlich sich auch einmal gegenüber der palästinensischen Befreiungstheologie ab, die, wie wir noch sehen werden, oft auf die Stereotype der alten Enternungstheologie zurückgreift. Israel ist keine Größe der Vergangenheit, so heißt es in dieser Studie, sondern ein wichtiger Faktor im Gespräch mit Juden. Sie merken, wie sich hier deutlich der Ton verändert hat gegenüber den früheren Verlautbarungen.

Die letzte größere Stellungnahme der EKD ist das Büchlein »Gelobtes Land?« (2012). ⁹

Diese Publikation bringt wenig neue theologische Impulse, fasst eher die bisherige Diskussion noch einmal zusammen. Für mich enttäuschend sind Aussagen wie die, die Rückkehr der Juden in das Land sei »kein unmittelbar religiöses Ereignis«. Immerhin sieht man einen »Grund zur Mitfreude am Überleben des von Gott erwählten jüdischen Volkes«.

Der Staat Israel als »Zeichen der Treue Gottes« wird wenigstens als Kann-Formulierung beibehalten.

2. Judenfeindschaft als Israelkritik

Diese offiziellen Verlautbarungen der letzten Jahre klingen ja recht vielversprechend. Aber schon der Antisemitismusbericht der Bundesregierung (2011) hat auf die auffällige Diskrepanz aufmerksam gemacht, die besteht zwischen den

kirchenoffiziellen Verlautbarungen und der Stimmung an der Basis. Was letztere angeht, wird man heute einigermaßen frustriert feststellen müssen: Wir stehen im christlich-jüdischen Gespräch vor einem »roll-back«. Antijüdische Äußerungen werden wieder salonfähig, auch in unseren Gemeinden.

Wir leben heute in einer Zeit, in der die Zahl tätlicher Übergriffe gegen Juden wieder signifikant zunimmt. Im Jahr 2017 waren es 1453 antisemitische Delikte, das sind vier pro Tag. Wohl gemerkt: angezeigte Delikte - die Dunkelziffer dürfte erheblich höher liegen!

Antisemitische Hassbotschaften verbreiten sich in den sozialen Medien mit einer Geschwindigkeit und in einem Ausmaß, das schwindelerregend ist. Darauf hat gerade jüngst eine Studie der TU Berlin aufmerksam gemacht.¹⁰

Es gibt antijüdische Ressentiments¹¹

- bei Rechtsradikalen: Laut Antisemitismusbericht wird von ihnen immer noch die große Mehrzahl der Straftaten verübt.
- bei Menschen mit Migrationshintergrund: Nach einer Befragung jüdischer Menschen durch die Uni Bielefeld machen sie 80% aus.
- bei der Gesamtbevölkerung: Nach dem Antisemitismusbericht findet sich bei 20% unserer Mitbürger ein latenter Antisemitismus.
- Auch bei Angehörigen der christlichen Kirchen: Ihre Judenfeindschaft entspricht etwa der Quote der Gesamtbevölkerung.¹²

Triebfedern dieses neuen Antisemitismus ist erstens der sog. »sekundäre Antisemitismus«,

zweitens der »Antizionismus«, eine als Israelkritik getarnte Judenfeindschaft. Diesem Phänomen lohnt es sich ein wenig genauer nachzugehen. Ich werde im Folgenden einige Beispiele aufzeigen, die mir in letzter Zeit in kirchlichen, genauer: in protestantischen Milieus begegnet sind.

3. Die Grenze zwischen Israelkritik und Antisemitismus

Um nicht falsch verstanden zu werden: Nicht jede Kritik an Israel oder an konkreten Maßnahmen der israelischen Regierung ist *per se* judenfeindlich. Die Mitte-rechts-Koalition in Jerusalem betreibt derzeit eine Politik, die durchaus an vielen Punkten kritikwürdig ist.

Aber Kritik an Israel wird antisemitisch, wenn . . .

- das Existenzrecht Israels bestritten wird,
- Israel nach anderen Maßstäben beurteilt wird als andere Staaten,
- sie sich bewusst auf eine verzerrte Darstellung gründet,
- sie sich einer Rhetorik mit antijüdischen Stereotypen bedient oder die Juden mit Nazis vergleicht.

Diese Kriterien, die die Gedenkstätte Yad-vashem entwickelt hat, geben einen sinnvollen Maßstab ab (nicht nur) bei der Bewertung der folgenden Beispiele.

4. Täter-Opfer-Umkehr

Hans von Wedemeyer begegnete mir zum ersten Mal bei einer Akademietagung über das Kairos-Papier in Hofgeismar. Er sprach bei dieser Tagung über den Staat Israel in einem solch aggressiven Ton, dass ich mehr erfahren wollte über diesen »Schwager Dietrich Bonhoeffers«.¹³ Was ich im Internet über ihn fand, war widersprüchlich: Einerseits bemühte er sich um das Gedenken an die ehemaligen jüdischen Clubmitglieder des Rotary-Clubs Baden-Baden, dem er angehört. Andererseits fand ich weitere Belege einer Israelkritik, die die Grenzen zum Antisemitismus regelmäßig überschreitet. Den toten Juden wollte er posthum zu ihrem Recht verschaffen, den noch lebenden aber traut er offensichtlich nicht.

Das folgende Zitat zum Thema Israel stammt aus einem Interview, das er dem Südwestrundfunk gab: »Es wird dann gesagt, nein, wir dürfen es nicht tun [Israel zu kritisieren], denn wir haben den Holocaust als große Schuld auf uns geladen. Diese Art Instrumentalisierung kann ich nicht allein akzeptieren und sage: Wir müssen uns auch für die Opfer der Opfer verantwortlich fühlen. Und da die Augen zumachen, ist nicht richtig. Weil unsere Väter geschwiegen haben, müssen wir jetzt reden«.¹⁴

Wie er hier von den »Opfern der Opfer« spricht, verharmlost den Holocaust und stellt den Völkermord der Nazis auf eine Stufe mit dem, was in Israel bzw. den besetzten Gebieten mit den Palästinensern passiert. Die Logik lautet: Die Opfer von damals sind die Täter von heute. Eine solche Täter-Opfer-Umkehr ist ein typisches Merkmal des »sekundären Antisemitismus«. Sie dient nicht

selten einer Schuldabwehr nach der Shoa. Wir haben es hier mit einem Antisemitismus nicht trotz, *sondern* wegen Auschwitz zu tun. Von Wedemeyer instrumentalisiert Auschwitz in der aktuellen Nahostdebatte zugunsten der Palästinenser. Eigentlich ein *no-go*, aber in unseren Kirchen geht momentan einiges.

Vergleiche wie die eben genannten begegnen mir in den letzten Jahren auf Schritt und Tritt.

- So wird die Erwählung Israels als rassistische Ideologie abgetan.
- Die Grenzsperranlage Israels wird mit der Berliner Mauer verglichen.
- Der Staat Israel ist für viele Christen ein Apartheidsregime.
- Der Zionismus ist folglich eine Spielart des Rassismus.
- Ramallah gleicht dem Warschauer Ghetto.

Vergleichen wie diesen, die Israel in die Nähe des Nationalsozialismus oder anderer Diktaturen rücken, sollten wir als Christen entschlossen entgegentreten. Sie sind latent antisemitisch und Teil einer Delegitimierungskampagne, deren langfristiges Ziel die Abschaffung des Staates Israel ist.

5. Ein Alibijude

Ein auf vielen kirchlichen Veranstaltungen gerne gesehener Gast ist der amerikanische Psychoanalytiker Marc Bravermann. In seinem Buch mit dem sprechenden Titel »Verhängnisvolle Scham«¹⁵ stellt er den ‚Neuen Antisemitismus‘ als »Angstmacherei« einer skrupellosen »Israelloobby« dar. Dieses von Juden angeblich organisierte Meinungskartell verfüge in den Medien und der Politik über eine Omnipräsenz, die kritische Stimmen gegen Israel nicht mehr zulässt. Wir sollten nicht übersehen: Das angebliche Tabu, Israel zu kritisieren, ist selbst ein antisemitisches Klischee. Dass ich diesen Vorwurf gegen jemanden richte, der selbst Jude ist, wirkt möglicherweise kurios, ist aber notwendig. Braverman ist einer der mittlerweile zahlreichen »Alibijuden«, die Christen gerne zitieren, wenn sie Israel in die Pfanne hauen wollen, ohne sich selbst die Finger schmutzig zu machen. »Ja, wenn das die Juden schon selbst sagen, dann muss ja wohl etwas dran sein ...«

Diese Mechanismen kennen wir schon seit der »Walser-Bubis-Debatte«, wo der schwäbische

Schriftsteller behauptet hatte, der Antisemitismus werde heute immer wieder als »Moralkeule« eingesetzt. Der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden Ignatz Bubis ließ nach dieser Debatte in seinem Testament vermerken, dass er nach seinem Tod in Israel bestattet werden möchte. Die Angst vor dem wachsenden Antisemitismus in Deutschland machte ihm Angst.

6. Linker Antisemitismus

Einen anderen ideologischen Hintergrund hat unser nächstes Beispiel. Ulrich Duchrow stellte in einem 2017 veröffentlichten, dann aber vom Verlag wieder zurückgezogenen Buch¹⁶ Israel als »Extrembeispiel der westlichen kolonialistischen, kapitalistischen, imperialen, wissenschaftlich-technischen, rassistischen, gewalttätigen Eroberungskultur« dar. Der Judenstaat sei ein »kolonialistisches Projekt« des »globalen Westens«, bei dem eine zionistische Lobby die Strippen zieht.

Das letzte »Argument« kennen wir schon, neu ist hier das Klischee vom »Juden« als Kapitalisten und Ausbeuter. Dies ist ein typisches Charakteristikum des linken Antisemitismus. Gegenüber dem klassischen Antisemitismus von rechts werden hier einfach die Vorzeichen vertauscht: Damals waren die Juden als Sozialisten oder Kommunisten verschrien, heute sind sie als Kapitalisten der Klassenfeind von oben. Das hier bemühte Vorurteil kennen wir aus der Geschichte: Schon in der Bibel wird den Juden ein Hang zum Geld und Habgier nachgesagt. Denken wir an die Geschichte vom Goldenen Kalb oder dem Verrat des Judas, der für ein paar Silberlinge »unseren« Messias verriet. Ich fürchte, auch hier haben wir es mit einer Weiterentwicklung des Dualismus zu tun, den wir vorhin bereits bei Paulus beobachteten: Wir Christen sind die Guten, die dem Geist vertrauen, die fleischlich gesinnten Juden hingegen gieren nur nach Materiellem. Die Debatte in der Reformationsdekade über Luthers Antisemitismus, der sich im Wesentlichen aus diesem Dualismus speist, sollte uns in dieser Hinsicht ein wenig sensibel gemacht haben.

7. Die BDS-Bewegung

Antizionisten rufen auch gerne zum Boykott gegen Israel auf.¹⁷ So fordern das Kairos-Papier (2009) und auch der Bethlehem Call (2011) einen »Boykott-, Investitionsstopp- und Sanktionskampagnen (BDS)« als »Teil einer internationalen Kampagne, die auf die »Delegitimierung und Kriminalisierung der israelischen Regierung« abzielt. Manchmal sind »nur« Betriebe im Fokus, die in den besetzten Gebieten produzieren. Hier

aber ist klar: Es geht nicht gegen einzelne Unternehmen, sondern gegen den Staat Israel als ganzen.

Unterstützt werden solche Boykottaufrufe durch zahlreiche christliche Gruppen wie Pax Christi international, das Bremer Friedensforum oder den Weltkirchenrat. Manche Kirchenleute wie unsere Pfälzer »Frauen wagen Frieden« legen noch eine Schippe drauf und weiten den Boykott auch auf akademische und kulturelle Institutionen Israels aus. Ob sie wissen, was sie damit in Bewegung setzen?

Gegen all diese Aufrufe aber spricht zuallererst, dass sie ungerecht sind, denn sie treffen auch unschuldige Juden und palästinensische Familien. Sie sind auch nicht zielführend: Die erhoffte Änderung der israelischen Politik ist so nicht zu erzwingen. Sie sind geschichtlich vorbelastet und erinnern an die Parolen der Nazis: »Kauft nicht bei Juden«. Und schließlich: Würde man alle akademischen und kulturellen Kontakte mit Israel kappen, bedeutete das das Ende des christlich-jüdischen Dialogs. Wollen wir wirklich alle potentiellen Gesprächspartner aus diesem Land ausladen, egal welchen Standpunkt sie vertreten? Nur weil sie Israelis sind?

8. Palästinensische Befreiungstheologie

Ein letztes Beispiel judenfeindlicher Israelkritik stammt von dem palästinensischen Theologen Alex Awad, Professor am Bethlehem Bible College, Baptistenprediger in Ostjerusalem und Organisator von »Christ at the Checkpoint«. Er behauptet:

»Israels Privileg als auserwähltes Volk Gottes [wurde] annulliert, um alle Gläubigen in Christus zu umfassen«. Jesus habe die Bedeutung der territorialen bzw. lokalen Landvorstellung vom Reich Gottes zugunsten einer geistigen und globalen Vorstellung reduziert.¹⁸

Ich kann nachvollziehen, dass jemand, der unter Israel leidet, versucht, dessen Bedeutung durch eine geschickte Spiritualisierung zu reduzieren. Wer Land enteignet bekommt, der will es sich zumindest argumentativ zurückholen. Aber wir sollten nicht übersehen: Diese Aussagen enthalten wie oft im Fall der Palästinensischen Befreiungstheologie Anleihen an die klassische Enternungstheologie. An Stelle des alten Israel tritt die Kirche als Gottes erwähltes Volk, oder (noch besser) wie hier: die ganze Menschheit. Aber wenn alle erwählt sind, ist niemand erwählt. Wenn die ganze Erde heilig ist, gibt es kein ge-

lobtes Land mehr. Hier sieht man: Theologische Kritik an Israel bedient sich gerne universalistischer Argumentationsmuster. Aber: Universalismus und Partikularismus dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

9. Zwischenresümee

Noch einmal versuche ich ein Zwischenresümee, dieses Mal bezüglich der Gefahren, die von einem israelbezogenen Antisemitismus ausgehen:

- In vielen Köpfen – auch bei Christen – grassiert der Wunsch nach einer Täter-Opfer-Umkehr, einer Form des sekundären Antisemitismus.
- Man unterstellt ein Tabu, aufgrund des Holocausts Israel kritisieren zu dürfen. Dieses Klischee ist oft gepaart mit der Behauptung, die Juden beherrschten die Medien. Beide Unterstellungen sind absurd und selbst Teil einer antijüdischen Kampagne.
- Der Vorwurf, Israel sei die Vorhut des westlichen Imperialismus und Kapitalismus, ist Ausdruck eines linken Antisemitismus. Aus dieser Ecke kommen auch die meisten Boykottaufrufe gegen Israel. Sie gehören zu den »Selbstverständlichkeiten judenfeindlicher Manifestation« der letzten Jahre. So hält in aller Klarheit der Antisemitismusbericht der Bundesregierung (2011) fest.
- Und schließlich mussten wir feststellen: In der palästinensischen Befreiungstheologie finden sich Reste einer judenfeindlichen Enternungstheologie, beispielsweise in dem Unterfangen, das gelobte Land universalisieren zu wollen zum ganzen Erdkreis.

III. Standortbestimmung heute

1. Israel noch immer bedroht

Eine Standortbestimmung heute muss beginnen mit der traurigen Feststellung:

Die Existenz des Staat Israel ist auch nach 70 Jahren nach seiner Gründung noch immer bedroht. Das Land hat seit seiner Gründung mehrere Kriege durchgemacht: 1948, 1956, 1967, 1973, dann die Libanonkriege 1982 und 2006. Dazu kommen unzählige Terroranschläge mit vielen Toten und Verletzten. Auch vereitelte Anschlagversuche, über die unsere Presse gar nicht berichtet. (Hand aufs Herz: Haben Sie etwas mitbekommen von dem Attentatsversuch bei Gush Etzion vom vergangenen Montag?)

Außerdem der Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen: Auch über ihn berichten die Medien meist nur, wenn Israel mal zurückschlägt. Wie Anfang des Monats wieder, als über 400 Raketen über die Grenze flogen innerhalb von 24 Stunden.

Seit der Staatsgründung gab es in Israel 23.645 Kriegs- und Terroropfer. Allein im Jahr 2017 waren es 101 Tote. Setzt man das in Relation zur Einwohnerzahl Deutschlands, wären das bei uns gut 1.000 Opfer pro Jahr. Wir beklagen die Militarisierung des Staates Israel. Aber haben wir einmal darüber nachgedacht, wie wir mit einer solchen Bedrohungslage umgehen würden? Wie würde sich unser Land verändern in einer solchen Situation?

2. Das Existenzrecht Israels

Ich hoffe, jeder und jede hier wird mir zustimmen, wenn ich sage: Das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt werden. Die Staatsgründung war keine »Naqba«, keine Katastrophe, auch wenn sie für viele Palästinenser katastrophale Auswirkungen gehabt hat.

Die Gründung des Staates Israel war der Schlusspunkt einer langen Entwicklung. Sie war kein Willkürakt, wie das oft dargestellt wird, sondern sie beruhte auf dem Willen der Völkergemeinschaft. Das Gleiche gilt auch für einen Palästinenserstaat. Dieser freilich kam nicht zustande, weil sich nach dem verlorenen Unabhängigkeitskrieg die arabischen Nachbarstaaten das Territorium einverleibten, das eigentlich die Palästinenser bekommen sollten. An »den Juden« lag das ausnahmsweise mal nicht, auch wenn sie sonst immer an allem schuld sind.

Deutsche Palästina-Vereine laden anlässlich des 100. Jahrestages der Balfour-Deklaration zu Demonstrationen ein, wollen ein Zurück nicht nur hinter die Staatsgründung 1948, sondern auch hinter das Jahr 1917, als die Briten den Juden eine eigene »Heimstätte« in Aussicht stellten. Ein Sprecher der Fatah bezeichnete die Balfour-Deklaration als das »schrecklichste Verbrechen in der Geschichte der Menschheit«. Ob er wohl den Holocaust leugnet oder ihn nur gerade bei diesem Superlativ übersehen hatte? Auch protestantische Israel-Kritiker wie Duchrow behaupten, die zionistische Bewegung sei ein Kind des Nationalismus und des Imperialismus. In der Tat spielen diese Strömungen Ende des 19. Jhds. eine Rolle. Aber heißt das etwa, dass Israel sich nun selbst auflösen muss, weil im 20. Jhd. der Nationalismus weltweit seine hässliche Fratze

gezeigt hat? Wir sollten uns zurückerinnern, wann und wie das moderne Deutschland entstanden ist: 1870/71, nach dem gewonnenen deutsch-französischen Krieg, auf dem Höhepunkt des Nationalismus. Müssen wir uns nun auflösen? Wenn es ein Selbstbestimmungsrecht der Völker gibt, dann gilt es auch für die Juden.

3. Zentrum für Juden in aller Welt

»Israel ist das einzige Land der Welt, in dem die Mehrheit der Bevölkerung jüdisch ist. Ihm kommt als geistigem Zentrum jüdischer Religion, Geschichte, Kultur, Sprache und Wissenschaft eine besondere Bedeutung zu. Dieser Aspekt wird nicht nur von religiösen, sondern auch von säkularen Jüdinnen und Juden betont, die sich als Teil einer großen Schicksalsgemeinschaft sehen. Es ist wichtig, diesen breiten innerjüdischen Konsens wahrzunehmen.«¹⁹

Das Land spielt nicht nur in der Bibel, sondern auch in der späteren jüdischen Tradition eine wichtige Rolle.²⁰ So lässt die Pessach-Haggada am Ende jedes Familien-Seders die Vision aufleben, dieses Fest »nächstes Jahr in Jerusalem« zu feiern. Dieses Jahr noch als Sklaven, nächstes Jahr als Freie! Nikolaus Schneider, langjähriger Präses der EKIR und EKD-Ratsvorsitzender, hat treffend beschrieben, was daraus für uns Christen folgt: »Für uns Christinnen und Christen ist der Staat Israel nicht nur ein Staat wie jeder andere, und zwar weil er für Jüdinnen und Juden mehr ist als nur ein Staat unter vielen.«²¹ Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

4. Heimat für beide Völker

Die Broschüre der Westfälischen Landeskirche: »Israel. Palästina. Frieden im Nahen Osten« (2003) weist darauf hin: »Für beide Völker ist dieses eine Land Heimat. Beide sind mit ihrer kollektiven Erinnerung in diesem Land verwurzelt. Für beide geht es nie nur um ein Fleckchen Boden, sondern um Land mit Bedeutung.« Daran ist sicher richtig, dass nicht nur für Juden, sondern auch für die arabische Bevölkerung das Land eine Heimat ist, zu der man eine tiefe emotionale Bindung empfindet.

Was ich freilich bestreite, ist, dass das Land für sie eine dem Judentum auch nur annähernd vergleichbare Bedeutung für die eigene Identität besitzt. So ist auch völlig richtig, wenn die Broschüre festhält: »Ein politisches Zentrum war Jerusalem in den Jahrhunderten islamischer Herrschaft nicht.« Zwar hatte die Stadt eine »Bedeutung (...) im Islam als Stätte für Pilgerfahr-

ten, des Gebetes und des Studiums.« Das hat u.a. mit der sog. Nachtreise Mohammeds »vom heiligen Gebetsplatz bis zum fernsten (*al-aqsa*)« zu tun, in deren koranischer Erzählung freilich Al Quds nicht namentlich erwähnt wird (Sure 17,1). Nirgends findet sich im Koran eine namentliche Erwähnung Jerusalems, schon gar nicht eine Erwähnung des Landes.

5. Schutzgehäuse gegen Bedrohung

Angesichts der noch immer prekären Bedrohungslage ist der Staat Israel heute ein wichtiges »Schutzgehäuse« (Martin Stöhr) für Jüdinnen und Juden vor Verfolgung. Davon wird auch heute noch Gebrauch gemacht: Nach den Anschlägen von Toulouse und Paris sind innerhalb von fünf Jahren 27.000 französische Juden aus Frankreich nach Israel ausgewandert. Dass das jederzeit möglich ist, ist auch eine Beruhigung für Juden hierzulande.

Das wichtigste Gebot für Juden nach Auschwitz lautet: *Am Jisrael chai* - »Das jüdische Volk lebt.« Es muss weiterleben, Hitler zum Trotz. Das ist heute so etwas wie das 614. Gebot des Judentums. Dieser Grundsatz rechtfertigt nicht alles, schon gar keinen israelischen Expansionismus. Was er aber als moralischen Grundsatz für unseren Umgang mit dem Judentum zu Recht einfordert: Dass wir Israel dort unterstützen, wo das physische Überleben des Volkes auf dem Spiel steht. Und das meine ich im Zweifelsfall auch militärisch. Es berührt mich noch heute mit einer gewissen Peinlichkeit, dass Deutschland, das keine Skrupel hat, Länder wie Saudi-Arabien mit Panzern zu beliefern, 1991 Israel Abwehrwaffen verweigerte, als dieses von Saddam Hussein mit Raketen beschossen wurde.

6. »Eine Ruhe geben«

Der Kampf um das physische Überleben kann freilich nur der Anfang und nicht das Ziel göttlichen Heilshandelns an Israel sein. Das Ziel der Landgabe in der Bibel war es stets, dem jüdischen Volk Ruhe (*nuach*) zu verschaffen. Ruhe, Frieden und Sicherheit. Auch das gehört zur Theologie des Landes im AT, festzuhalten: Es geht nicht um Hegemonie über die Feinde oder um eine Ausbeutung des Landes. Es geht »nur« darum, Ruhe zu finden. Endlich Ruhe! »So hat der HERR Israel das ganze Land gegeben, das er geschworen hatte, ihren Vätern zu geben, und sie nahmen's ein und wohnten darin. Und der HERR gab ihnen Ruhe ringsumher, ganz wie er ihren Vätern geschworen hatte« (Jos 21,43 f.).

Die Grenzen des Landes sind dabei völlig zweitrangig. Sie aus der Bibel ableiten zu wollen, es klang oben schon an, würde in die Irre führen. Erstens sind die Aussagen in der Bibel widersprüchlich. Mal erstreckt sich das Land vom Euphrat bis zum Bach Ägyptens (nach Raschi nicht der Nil, sondern der Wadi al-Arisch). Mal »nur« von Dan bis Beersheva (vgl. 1.Kön 5,4 f.). Zweitens ignoriert ein solcher Gebrauch der Bibel den »garstigen Graben«, der uns von der Bibel trennt, zeitlich, aber auch kulturell gesehen. Dieser Gefahr des Biblizismus erliegen leider immer wieder die frommen evangelikalen Freunde Israels.

Das heißt nun nicht, dass die Bibel belanglos wäre bei unserer Suche nach Frieden im Land. Wenn wir die großen Linien beachten, die sie zeichnet, dann wird uns klar: Die Bibel verheißt den Vätern das gelobte Land, sie ermutigt aber auch zu Kompromissbereitschaft. Schon Abraham gibt seinem Neffen Lot »Land für Frieden«: »Es soll kein Zank sein zwischen mir und dir und zwischen meinen und deinen Hirten; denn wir sind Brüder. Steht dir nicht alles Land offen? Trenne dich doch von mir! Willst du zur Linken, so will ich zur Rechten, oder willst du zur Rechten, so will ich zur Linken« (1 Mose 13,8 f.).

Land ist kein Besitz, sondern Leihgabe und Aufgabe. Das klang vorhin schon an. Es gibt Leute, die damit ernst machen. In Israel habe ich Anfang des Jahres Menschen kennen gelernt, die auf Besitzansprüche verzichteten. Und das, obwohl sie ein Leben lang erbittert um das Land gekämpft hatten. Einer von ihnen ist der Palästinenser Chaled Abu Awad, vom dem der kluge Satz stammt: »The land doesn't belong to us, but we belong to the land.« Zusammen mit Shaul Judman aus der Siedlung Gush Etzion gründete Khaled die Initiative »Roots«. Ihr Motto: »Zwei Staaten – ein Heimatland«. Ihr Traum: eine Konföderation von Juden und Palästinensern, mit offenen Grenzen, Freizügigkeit und Bürgerrechten für alle - und Jerusalem als gemeinsame Hauptstadt. Die Initiative zählt mittlerweile 5000 Mitglieder und ich hoffe, dass sich andere anstecken lassen von ihrem Idealismus.

7. Auswirkungen auf den Dialog

Was immer wir als Kirchen zum Thema »Israel« sagen oder tun, es hat Auswirkungen auf unser Verhältnis zum Judentum. Das will ich an einem positiven und einem negativen Beispiel aufzeigen. Im Jahr 2000 haben in Amerika Jüdinnen und Juden unterschiedlichster Couleur ein Papier verfasst, in dem sie die Neubesinnung würdigen,

die in den Kirchen nach der Shoa zu beobachten war. Das Papier Dabru Emet (= Redet Wahrheit) streift auch das Thema Israel: »Für Juden stellt die Wiedererrichtung eines jüdischen Staates im gelobten Land das bedeutendste Ereignis seit dem Holocaust dar. Als Angehörige einer biblisch begründeten Religion wissen Christen zu würdigen, daß Israel den Juden als physisches Zentrum des Bundes zwischen ihnen und Gott versprochen – und gegeben wurde. Viele Christen unterstützen den Staat Israel aus weit tiefer liegenden Gründen als nur solchen politischer Natur. Als Juden begrüßen wir diese Unterstützung.« Man spürt: Hier ist über die Jahre Vertrauen gewachsen zwischen beiden Religionen, auf das man aufbauen kann. Uns ist wichtig, was auch Juden wichtig ist. Das verbindet.

Ein ganz anderes Bild bot sich im vergangenen Jahr im Rheinland: Da gab die EKIR anlässlich des 70. Jahrestages der Staatsgründung Israels eine Arbeitshilfe (»70 Jahre Staat Israel. Ein Termin im christlichen Kalender?«) heraus, die zum Eklat führte. Der von Rainer Stuhlmann verfasste Beitrag beginnt zunächst eigentlich ganz verheißungsvoll: »Dass das Judentum aller Anfeindung und Verfolgung zum Trotz sich behauptet, dazu hat nicht nur - aber auch - die Errichtung des Staates Israel beigetragen. Das ist ein Grund zur Dankbarkeit und nach siebzig Jahren auch ein Grund zum Feiern.« Aber statt Israel einfach zum Geburtstag zu gratulieren und sich mitzufreuen, fügt man wegen der vermeintlich gebotenen Ausgewogenheit hinzu: »Was für Juden ein Grund zum Feiern ist, das ist für andere ein Grund zur Trauer. Den einen hat die Staatsgründung Schutz, Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit gebracht, den anderen Vertreibung, Zerstörung, Zwang und Unrecht.« Auch an anderer Stelle wird das Geburtstagskind als aggressive und brutale Besatzungsmacht hingestellt. Das Lächeln der Partygäste beginnt einzufrieren. Muss man zum Tag der Staatsgründung Israels wirklich die Naqba auf die Agenda setzen? Wenn ich meinem Freund eine Geburtstagskarte schreibe, mache ich ihn doch auch nicht nach den Glückwünschen auf seine gescheiterte Ehe aufmerksam.

Gegen Ende bezieht man einen Bekenntnissatz, den man früher, in »besseren Zeiten« auf Israel anwendete, nun auf die Palästinenser: »Dass es die christliche Kirche auch in Israel und Palästina allen Widrigkeiten zum Trotz noch gibt, ist auch »ein Zeichen der Treue Gottes«. Offensichtlich gibt es seit 2017 »zwei Zeichen der Treue Gottes«: Gott hat die Juden vor dem Holocaust gerettet, aber auch die Palästinenser haben

durch göttlichen Beistand die Naqba und die israelische Besatzung überlebt. Aber kann man diese beiden Ereignisse wirklich einfach so parallel setzen? Eine völlige Banalisierung des ursprünglichen Bekenntnisses droht, wenn man »auch individuelle Bewahrungen als Zeichen der Treue Gottes verstehen« kann. Dann könnte man in diese Reihe sogar meine Tochter einreihen, die nächste Woche eine wichtige Seminararbeit zurückbekommt. Wenn sie gut ausfällt, wofür wir natürlich beten, dann gäbe es schon drei Zeichen der Treue Gottes.

Den jüdischen Landesverband hat die Handreichung »bestürzt und traurig zurückgelassen«. Er sagte die lange geplante gemeinsame Israelreise mit der Rheinischen Landeskirche ab. Für den christlich-jüdischen Dialog in der Region ein Trauerspiel.

8. Woran es fehlt

Das Beispiel zeigt, woran es heute fehlt. Solide Grundkenntnisse über die historischen und politischen Aspekte des Nahostkonflikts sind für den Dialog wichtig, aber sie reichen nicht. Was in der Arbeitshilfe stand, war nicht antisemitisch. Aber es war zutiefst unsensibel und es war der Situation nicht angemessen. Wir brauchen heute mehr denn je die Bereitschaft, möglichst vorurteilsfrei hinzuschauen. Das ist leichter gesagt als getan. Wir alle haben unsere Brillen auf, durch die wir die Welt betrachten. Sie einfach abzusetzen: das zu erwarten, wäre naiv. Aber ab und zu mal über den Brillenrand hinausschauen, sich in die Empfindungen potentieller jüdischer Leser einfühlen, so viel Empathie sollte doch möglich sein.

Ein letzter Punkt liegt mir besonders am Herzen: Als TheologInnen sollten wir daran arbeiten, im Konflikt um das gelobte Land die Bibel so zu Wort kommen zu lassen, dass

(1.) die Rückkehr von Jüdinnen und Juden nach Israel und die Staatsgründung nicht nur als ein Ereignis profaner Weltgeschichte erscheint.

(2.) Andererseits sollte aber auch eine naiv-biblistische Herangehensweise vermieden werden, die Bibelverse eins zu eins auf heutige Probleme anzuwenden versucht.

Wie dieser schwierige Spagat gelingen könnte, haben wir in der Pfälzischen Landeskirche in einer Thesenreihe zum Thema »Israel: Staat – Land – Volk« (2006) versucht zusammenzufassen. Dort heißt es in der letzten der 14 Thesen:

»Zwischen beiden Extremen führt ein Weg, der – oft entgegen dem Augenschein – in Israel auch heute Gott am Werk sieht, ohne den Willen Gottes einfach mit dem Staat Israel, seiner Regierung oder bestimmten politischen Handlungen zu identifizieren.

Diese Position nimmt die biblische Landverheißung auf, konstatiert aber zugleich einen ‚Überschuss‘ dieser Verheißung gegenüber dem historischen Geschehen von Einwanderung und Staatsgründung. Sie nimmt die bleibende Erwählung Israels zum Segen für alle Völker und seine Bestimmung ernst. Sie lässt dabei Raum für pragmatische, an realpolitischen Gegebenheiten orientierte Lösungen hinsichtlich der Frage der Aufteilung des Landes zwischen Israelis und Palästinensern.«

Anmerkungen:

¹ N. Finkelstein, N. A. Silberman: *Keine Posaunen vor Jericho. Die archäologische Wahrheit über die Bibel.*

² G. Gronauer: *Der Staat Israel im westdeutschen Protestantismus: Wahrnehmungen in Kirche - Wahrnehmungen in Kirche und Publizistik von 1948 bis 1972*, Göttingen 2013, S. 79.

³ Vgl. Dazu: S. Meißner: *Das sogenannte »Kairos-Dokument« der Christen in Palästina, Ökumenische Rundschau 2/2010, S.275-282.*

⁴ Vgl. etwa: <https://www.audiatour-online.ch/2016/07/08/israelische-christen-im-kampf-mit-auslaendischen-christlichen-anti-israel-aktivisten/>.

⁵ <https://www.asf-ev.de/ueber-uns/geschichte/>.

⁶ https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/christen_und_juden_Hll.pdf

⁷ *Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden*, <https://www.ekir.de/www/service/2509.php>.

⁸ Vgl. dazu: S. Meißner: »Wenn die Juden wieder in ihr Land kämen, wollt' ich...« *Martin Luthers negative Geschichtstheologie*, epd-Dokumentation 6/2016, S. 6ff.

⁹ *Gelobtes Land? Land und Staat Israel in der Diskussion. Eine Orientierungshilfe. Herausgegeben im Auftrag der EKD, der UEK und der VELKD*, Gütersloh 2012; https://www.ekd.de/gelobtes_land.htm.

¹⁰ *Antisemitismus 2.0 und die Netzkultur des Hasses Judenfeindschaft als kulturelle Konstante und kollektiver Gefühlswert im digitalen Zeitalter* (2018); https://www.linguistik.tu-berlin.de/fileadmin/fg72/Antisemitismus_2-0_kurz.pdf.

¹¹ Vgl. https://www.ezw-berlin.de/html/15_9950.php. Einen guten Überblick über Zahlen und Fakten vermittelt die folgende Seite: <https://mediendienst-integration.de/desintegration/antisemitismus.html>.

¹² So die Antisemitismusstudien des BMI. Bei einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2006 »Vom Rand zur Mitte« lagen die Kirchen sogar noch vor dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

¹³ So stellte sich der Bruder Maria von Wedemeyers damals selbst vor. Dass es zu einer Heirat aufgrund Bonhoeffers Hinrichtung nicht mehr kam, schien ihn nicht zu stören.

¹⁴ Radio-Beitrag »Warum Palästina?«, ausgestrahlt am 26.10.10 um 10.05 Uhr im SWR2. Auf der Webseite des SWR2 leider (oder zum Glück?) nicht mehr zu finden.

¹⁵ Mark Braverman, *Verhängnisvolle Scham. Israels Politik und das Schweigen der Christen*, Gütersloh 2011; vgl. die Rezension von H. Lehming: <http://www.christen-und-juden.de/html/bravermann.htm>.

¹⁶ U. Duchrow / H.G. Ulrich (Hgg.), *Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel. Jenseits von Luthers Feindbildern (Die Reformation radikalieren, Bd. 7)*, Berlin: LIT-Verlag, 2017. Vgl. die Rezension von J. Leipziger: <https://www.ag-juden-christen.de/antisemitismus-in-alt-neuen-gewaendern/>

¹⁷ Zu diesem Themenkomplex vgl. S. Meißner: *Boykott israelischer Waren - legitimes politisches Anliegen oder judenfeindlicher Akt?* <http://www.imdialog.org/bp2013/02/09.html>.

¹⁸ Awad und viele andere Beispiele behandle ich in meinem Aufsatz: »Palästinensische Befreiungstheologie auf Kosten Israels?«, *Kul 28* (2013): S.25–37.

¹⁹ ISRAEL: STAAT – LAND – VOLK. Thesenreihe des Arbeitskreises »Kirche und Judentum« der Evangelischen Kirche der Pfalz, These 5; <http://www.christen-und-juden.de/html/thesen.htm>.

²⁰ Vgl. dazu auch meinen Aufsatz: *Das Land Israel im rabbinischen Judentum*; http://www.christen-und-juden.de/html/ressource/mei_rabb.htm

²¹ *Ein schwieriges Verhältnis? Die evangelische Kirche und der Staat Israel*, Vortrag auf der Tagung des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit gemeinsam mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Berlin, 17. Januar 2012; https://www.ekd.de/20120117_rv_evangelische_kirche_und_der_staat_israel.htm.

Jahrgang 2018

27/18 – **Impulsreferat zum Thema »Ökumene der Begegnungen – Ökumene der Symbole«** (von Bischof Dr. Gerhard Feige) **Predigt anlässlich des 500. Jubiläums von Martin Luthers Heidelberger Disputation** (von Margot Käßmann) **»Was uns zusammenhält« – Berliner Stiftungsrede 2017** (von Wolfgang Huber) – 20 Seiten / 3,40 €

28/18 – **Die Rolle der Kirchen und der Diakonie bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der UN – Forum Nachhaltigkeit der EKD** – 56 Seiten / 5,10 €

29/18 – **Friedensgutachten 2018: Kriege ohne Ende. Mehr Diplomatie – weniger Rüstungsexporte** – Rüstungsexportbericht 2017: **Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahr 2017** – 44 Seiten / 4,60 €

30/18 – **Tempo! – Journalismus in der Beschleunigungsgesellschaft** (Südwestdeutsche Medientage 2018) 36 Seiten / 4,10 €

31/18 – **Flüchtlingsschutz in Europa – Auslaufmodell oder Neuanfang?** / Refugee Protection in Europe. Phase-out Model or New Beginning? (18. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz, Berlin, 25. bis 26. Juni 2018) – 32 Seiten / 4,10 €

32-33/18 – **Kindheitsverletzungen** (Beiträge aus der Tagungsarbeit der Evangelischen Akademie Tutzing zum Thema sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche) – 92 Seiten / 6,90 €

34/18 – **Die ökumenische Bedeutung des Heiligen und Großen Konzils der Orthodoxen Kirche** (Studientag der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)) – 40 Seiten / 4,60 €

35/18 – **Versöhnung und Aufarbeitung** (Erstes Forum zum Bußwort des Landeskirchenrats der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland zum Buß- und Bettag 2017) – 52 Seiten / 5,10 €

36/18 – **Predigt am Pfingstsonntag** (Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm) – **»Hildegard Hambrücher-Förderpreis für Demokratie lernen und erfahren 2018«** (Verleihung an den EKD-Ratsvorsitzenden Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Laudatio von Pfarrer Steffen Reiche) – **Rede beim Johannisempfang der Evangelischen Kirche in Deutschland** (Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der EKD) – 20 Seiten / 2,60 €

37/18 – **Gedenkgottesdienst und staatlicher Rückgabeakt sterblicher Überreste aus dem früheren Deutsch-Südwestafrika** (Berlin, 29. August 2018) 24 Seiten / 3,40 €

38/18 – **Die documenta 14 – Ein Blick zurück nach vorn** (Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar vom 8. bis 10. Juni 2018) – 68 Seiten / 5,40 €

39/18 – **Medien im Wandel – Medien in der Krise?** (Beiträge einer Tagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing) – 76 Seiten / 5,90 €

40/18 – **70-Jahr-Feier des Ökumenischen Rates der Kirchen** (Nieuwe Kerk, Amsterdam) – **Predigt von Margot Käßmann** (Festgottesdienst anlässlich ihrer Verabschiedung am 30. Juni 2018 in der Marktkirche, Hannover) – 24 Seiten / 3,40 €

41/18 – **Populismus und Radikalisierung / Antisemitismuskritik in Kirche und Theologie heute** (von Christian Staffa, Evangelische Akademie zu Berlin) 20 Seiten / 2,60 €

42/18 – **Christlich motivierter Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Bedeutung für die heutige Zeit** (von Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh) / **Friedenswort 2018 der Evangelischen Kirche im Rheinland** – 28 Seiten / 3,40 €

43/18 – **Impulspapier der EKD zur Nachhaltigkeit / Hauptaussagen des IPCC-Sonderberichts über 1,5 °C globale Erwärmung** – 48 Seiten / 4,60 €

44/18 – **Kirche im Kapitalismus: Zwischen Anpassen und Gestalten – 70 Jahre Soziale Marktwirtschaft in Westdeutschland** (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt in Kooperation mit der Evangelischen Akademie der Nordkirche, Hamburg, 15. Juni 2018) 76 Seiten / 5,90 €

45/18 – **Jung, aktiv und evangelisch – Neue Perspektiven zum Engagement junger Menschen in Kirche und Gesellschaft** (Tagung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Universität Tübingen, der Evangelischen Akademie zu Berlin, des Comenius-Instituts und der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)) – 56 Seiten / 5,10 €

46/18 – **Zwangssystem – Systemzwang** (Sportethischer Fachtag zur Dopingfrage – Sportethisches Forum der EKD) – 48 Seiten/4,60 €

47/18 – **Teilhabe und Teilnahme. Zukunftspotenziale der Genossenschaftsidee** (Beiträge vom Evangelischen Raiffeisenkongress in Bonn, 18.-19. Juni 2018) 92 Seiten / 6,90 €

48/18 – **Urteile des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesarbeitsgerichts zum kirchlichen Arbeitsrecht** (Luxemburg, 11.9.2018 / Erfurt, 25.10.2018) 36 Seiten / 4,10 €

49/18 – **Evangelischer Friedenspreis 2018 und Studientag »Kriege beenden – Frieden beginnen«** (Berlin, 9.-10. Oktober 2018) – 48 Seiten / 4,60 €

50/18 – **Gemeinsam engagiert! Theologische Aspekte für die Zusammenarbeit von beruflich und ehrenamtlich Engagierten** (Evangelische Akademie zu Berlin) – 48 Seiten / 4,60 €

51/18 – **Synodentagung 2018 in Würzburg (1) / 5. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD, Würzburg, 8. bis 14. November 2018** – 44 Seiten / 4,60 €

Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik gGmbH
Verlag/Vertrieb
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main

Jahrgang 2019

01/19 – GKKE-Rüstungsexportbericht 2018

84 Seiten / 6,80 €

02/19 – GEKE-Vollversammlung 2018

76 Seiten / 6,10 €

03/19 – **Theologische Orientierung** (Bischof Prof. Dr. Martin Hein) – **Verheißung oder Verhängnis? Globale ethische Herausforderungen der Digitalisierung** (Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm) – **In der Menschenfreundlichkeit Gottes leben! Zur Auseinandersetzung mit Populismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** (Landesbischof Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh) – 36 Seiten/4,30 €

04/19 – **Synodentagung 2018 in Würzburg (2)** / 5. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD, Würzburg, 8. bis 14. November 2018 – 40 Seiten/ 4,30 €

05/19 – **Synodentagung 2018 in Würzburg (3)** / 5. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD, Würzburg, 8. bis 14. November 2018 – 80 Seiten/ 6,10 €

06/19 – **Auf dem Weg zu einem neuen evangelischen Eheverständnis** (Tagung an der Evangelischen Akademie Loccum) – 68 Seiten / 5,60 €

07/19 – **EKD-Stiftungsprofessur jüdisch-christlicher Dialog** (Festakt der EKD und der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität, Berlin, 22. Oktober 2018) 28 Seiten / 2,80 €

08/19 – **Haltet mit allen Menschen Frieden! (Röm 12,18) – Theologische Grundlagen des interreligiösen Dialogs** (Studientag der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland) 32 Seiten / 4,30 €

09/19 – **»Friedensethik und Rüstungsexporte gehen nicht zusammen – was können wir tun?«** (Beiträge vom Studientag der Evangelischen Kirche im Rheinland) – 68 Seiten / 5,60 €

10/19 – **Gegenwart und Zukunft des christlich-jüdischen Dialogs: historische und theologische Perspektiven / The Present and Future of Christian-Jewish Dialogue: Historical and Theological Perspectives** (Internationale Konferenz an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, 13. bis 15. Mai 2018) 48 Seiten / 4,80 €

11/19 – **Bericht von Renke Brahms** (Kirchentag der Bremischen Evangelischen Kirche 2019)/ **Rede von Fulbert Steffensky** (Herbsttagung des Politischen Clubs der Ev. Akademie Tutzing 2018) 24 Seiten / 3,40 €

12/19 – **Identität. Rassismuskritische theologische Perspektiven** (Beiträge der Tagung »Identität. Macht. Verletzung. Rassismuskritische Perspektiven«, Evangelische Akademie zu Berlin, 8. bis 10. Oktober 2018) 44 Seiten / 4,80 €

13/19 – **Predigt im Trauergottesdienst für Jörg Schönbohm** (Bischof i. R. Prof. Dr. Wolfgang Huber, 22. Februar 2019) / **Radikal lieben. Anstöße für die Zukunft einer mutigen Kirche. Öffentliche Theologie in den Herausforderungen der Zeit** (Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, 6. Januar 2019) / **Predigt in der Reihe »Wahrheiten im Konflikt«** (Corinna Buschow, 25. November 2018) 20 Seiten / 2,80 €

14/19 – **Geht hin – Sozialraum- und Gemeinwesenorientierung der Kirche auf dem Land** (4. Land-Kirchen-Konferenz der EKD, 20. bis 22. September 2018, Evangelisches Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad) – 40 Seiten/ 4,30 €

15/19 – **Westfälischer Thementag Israel-Palästina der Evangelischen Kirche von Westfalen** (Dortmund, St. Reinoldi und Haus Landeskirchlicher Dienste) 40 Seiten/ 4,30 €

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation
(ISSN 1619-5809) kann im
Abonnement oder einzeln
bezogen werden.
Pro Jahr erscheinen min-
destens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an:
GEP-Vertrieb
Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt,
Tel.: (069) 58 098-225.
Fax: (069) 58 098-226.
E-Mail: kundenservice@gep.de
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet mo-
natlich 29,95 € inkl. Versand
(mit Zugang zum digitalen
Archiv: 34,85 €). E-Mail-Bezug
im PDF-Format 28,30 €. Die
Preise für Einzelbestellungen
sind nach Umfang der Ausga-
be und nach Anzahl der
Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den
Preis eines Einzelexemplars;
dazu kommt pro Auftrag eine
Versandkostenpauschale
(inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf
chlorfrei gebleichtem Papier
gedruckt.